

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur: Albert Rühl, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindig, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1921 für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Verteilungsbüro: Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Einzelheft 10 Pf., halbjährlich 4.50 RM., monatlich 1.50 RM. Bei den Buchhändlern bestellt, 1.50 RM., monatlich 1.50 RM. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühren: die gespaltene Zeile 1.00 RM., im Restamt 1.50 RM. Berechnung der Zeile 30 Pf. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. Postbezugsstelle: Nr. 1258 Berlin.

Nr. 16.

Magdeburg, Donnerstag den 20. Januar 1921.

32. Jahrgang.

Fünf Probejahre.

Bis vor wenigen Tagen bestanden zwischen Frankreich und England Meinungsverschiedenheiten über Behandlung der Wiedergutmachungsfrage. Nach dem Friedensvertrag ist die Gesamtsumme der deutschen Wiedergutmachungsschulden bis zum 1. Mai d. J. festzustellen, das heißt die Alliierten sind verpflichtet, sie festzusetzen, und Deutschland hat eine Recht, sie zu erfahren. Bis in die letzte Zeit hinein vertrat nun die englische Regierung den Standpunkt, daß diese Bestimmung des Vertrags gewahrt und die Summe festgesetzt werden müsse. In Frankreich fürchtete man jedoch, daß die gemeinsam festgesetzte Summe weit

Hinter den übertriebenen Erwartungen

zurückbleiben und daß die Enttäuschung politische Krisen hervorrufen könnte. In Deutschland waren die Meinungen geteilt, man stand gewissermaßen vor der Frage, ob es besser sei, gefoktet oder gebakten zu werden. Es überwiegt jedoch die Meinung, daß die Festsetzung der Gesamtsumme zum 1. Mai vorzuziehen wäre, da man dann doch gewissermaßen wissen würde, woran man sei.

Jetzt hat sich die englische Regierung der Ansicht der französischen angeschlossen, daß die Festsetzung der Gesamtsumme vorzuziehen sei. Danach würde die Entente vor dem 1. Mai Deutschland nur mitteilen, was es in den nächsten 5 Jahren zu zahlen habe, und sie würde sich vorbehalten, die Gesamtsumme später zu fixieren. Das kann sie aber nicht ohne eine Änderung des Vertrags, der die Gesamtfestsetzung zum 1. Mai 1921 vorschreibt, und eine Änderung des Vertrags ist nicht möglich ohne die Zustimmung Deutschlands.

Es ist fraglich, ob sich der neue französische Minister für die befreiten Gebiete, Herr Doucheur, über diese Sachlage vollkommen im Klaren gewesen ist, als er gleich nach seiner Ernennung einem Mitarbeiter des „Journal“ erklärte, Deutschland werde in den nächsten Jahren

10 Milliarden Frank jährlich bezahlen müssen.

Weiber erfährt man aus der Unterredung nicht genau, wie Herr Doucheur diese 10 Milliarden jährlich aus Deutschland herausholen will. Er spricht zwar von einer Übernahme der deutschen Verwaltung durch die Entente, aber das sind nur leere Worte — leider, möchte man fast schon sagen. Es wäre ja ein sehr interessantes Experiment, wenn die Entente den Deutschen die in diesen Zeiten sehr schwere Mühe, sich selber zu regieren, abnehmen würde, und man könnte wirklich gespannt sein, ob es den englischen und französischen Bürokraten besser gelingen würde, die Dinge in Deutschland in Ordnung zu bringen, als den Deutschen. Das Experiment wird aber kaum jemals gemacht werden, da ein einheitliches Willenssubjekt für eine derartige fremde Verwaltung fehlt. Frankreich, England, Italien usw. haben in Deutschland jeder ganz andere Interessen, es gäbe kein besseres Mittel, mit mathematischer Sicherheit einen neuen Weltkrieg herbeizuführen, als die Einrichtung einer solchen

ententistischen Zwangsverwaltung über Deutschland,

bei der die Verbündeten sich alle fünf Schritte lang in die Haare geraten würden.

Darum spricht ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür, daß aus den 10 Milliarden jährlich, die Herr Doucheur aus Deutschland jährlich herausholen will, nichts werden wird; auch für die nächsten 5 Jahre nicht. Vermutlich wird eine Vereinbarung für 5 Jahre zustande kommen, in der die deutschen Jahresleistungen viel niedriger angesetzt werden. Sollte aber ein solches Abkommen an der Verständigungslosigkeit der Gegner scheitern, dann täte Deutschland gut, auf der Festsetzung der Gesamtsumme zum 1. Mai dieses Jahres bestehen zu bleiben.

Auch wenn die Jahresraten der fünfjährigen Probezeit erheblich niedriger angesetzt werden, als Herr Doucheur sie vorschlägt, bleibt die Wiedergutmachung ein Problem, auf dessen Lösung man gespannt sein darf. Deutschland kann nur zahlen entweder in Gold und ausländischen Geldsorten oder in Waren. Gold und ausländische Geldsorten kann es sich nur durch eine fieberhaft gesteigerte freie Ausfuhr verschaffen, durch Unterbietung der Mitbewerber auf dem Welt-

eine rückwärtslose Schuldrennkonzurrenz,

kurz durch das sogenannte „damping“ über das man jetzt schon im Ausland klagt, obwohl die Sache noch gar nicht einmal angefangen hat. Oder aber Deutschland bezahlt in

Waren, und dann erfolgt die Ueberföhrnung des Weltmarktes, und in diesem Falle unmittelbar des französischen Marktes mit deutschen Waren ganz unmittelbar. Deutschland verkauft dann seine Waren bis zum Betrag der Wiedergutmachungsrate überhaupt nicht mehr, sondern es verschickt sie sozusagen. Wie die französische Wirtschaft, der doch geholfen werden soll, das aushalten wird, ist mindestens eine ebenso interessante Frage wie die andre, wie Deutschland imstande sein soll, Milliardenströme von Produkten in das Ausland zu leiten, ohne die Kosten der Rohstoffe und die Arbeitslöhne ersetzt zu erhalten.

Die 5 Probejahre werden 5 Jahre des wirtschaftlichen Experimentierens werden. Schon darum, weil kein Mensch voraussagen kann, wie das Experiment ausfallen wird, soll man es nicht gleich zu heftig machen. Wahrscheinlich wird sich ja doch herausstellen, daß der Ententismus die natürlichen Gehege der Wirtschaft ebensowenig auf den Kopf zu stellen imstande ist wie der Bolschewismus. —

Das erwachende Beamtentum.

Das deutsche Beamtentum ist in einer gewaltigen inneren Bewegung. Die Erscheinungen, die sich in den letzten Monaten an der bisher so träge sich darstellenden Masse der Beamtenschaft offenbarten, stellen alle seitherigen Begriffe von diesem Stand auf den Kopf. Es will den Leuten, die gewohnt waren, alle Dinge, die sich in unsern Zeiten abspielen, von der Warte obrigkeitlicher Anschauung zu betrachten, nicht in den Kopf, daß der Streikgedanke sich innerhalb der Beamtenschaft Bahn bricht. Und doch ist der Streikgedanke nur ein einzelnes äußerlich sichtbares Zeichen von der

geistigen Umstellung

des deutschen Beamtentums. Das Beamtentum nähert sich dem Standpunkte des Arbeitnehmers. Die Beamten haben von den Arbeitern gelernt. Und es besteht alle Hoffnung, daß sie auch weiter von der Arbeiterschaft nicht nur in gewerkschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung lernen werden.

War in früheren Zeiten der Begriff einer Gewerkschaft für die Beamten etwas, was nur aus der Ferne mit einer gewissen Abneigung betrachtet wurde, so sieht man heute, daß bei allen Beamten-Gewerkschaften das Bestreben besteht, zu einer Gewerkschaft zu werden. Darauf deuten nicht nur die Namen der Verbände: Eisenbahn-, Postgewerkschaft usw. hin, darauf weist auch die Tendenz, sich zu immer größeren Organisationen zusammenzuschließen, um eine Macht darzustellen.

Die neugebildete Postgewerkschaft ist dafür ein prachtvolles Beispiel. Die Beamten bringen damit ihre Organisationen rein äußerlich in Parallele zu den Gewerkschaften der Arbeiter. Die Haltung der Regierung in Beziehung zu den Beamten ist anders als die zu den Arbeitern. Die Beamtenkörper einen gewissen Radikalismus hervorgerufen, der nach Betätigung drängt und gleichzeitig nach neuen Erscheinungsformen sucht. Der Vereidigungsprozeß schreitet indes im Beamtentum schnell vorwärts. Die sozialen Gegensätze, die nach dem Kriege schärfer als je in die Erscheinung getreten sind, haben auch die Beamten nicht unberührt gelassen. Auf der einen Seite sieht der Beamte das Praffer- und Schlemmertum, das in den Enthüllungen über die Zustände in Berliner Hotels so recht deutlich seinen Ausdruck fand, auf der andern Seite muß ein Regierungspräsident erklären, daß

Kinder seiner Beamten ohne Hemd

zur Schule gehen müssen. Auf der einen Seite Millionen-gewinne, auf der andern Mangel an Mitteln, um das Notwendigste kaufen zu können.

Der Arbeitgeber des Beamten ist der Staat. Der Staat aber ist das Volk. Zum Volke gehören aber gleichzeitig jene Wucherer und Schieber sowie jene Großindustriellen und Schlotbarone ebenso wie die sich redlich abmühenden Beamten und Arbeiter. Der Beamte hat in den Schlingengräben den Arbeiter als guten und treuen Kameraden achten und schätzen gelernt. Er hat aber auch Finanzaristokraten und Obrigkeit von ihrer nacktesten menschlichen Seite gesehen und damit die Scheu vor beiden Menschengattungen verloren. Und dem Beamten will es nun nicht mehr in den Kopf hinein, daß er

mit dem Arbeiter hungern und darben

soll, während jene andern Kreise mit der stolzen Menzchenberachtung, die bereits vor dem Krieg ein Merkmal der besitzenden Klasse war, achlos an ihrer Not vorbeigehen. Der Beamte sieht das Geld, das ihm fehlt zur Fristung seines Lebens und der Linderung der Not seiner Familie, buchstäblich auf der Straße liegen. Er sieht es in Strömern Sekt vergeudet. Er sieht es in kostbaren Kleidern und Pelzen verschwenden, er sieht es in Hotels verschlemmt, in Dienen und Bars verjubelt. Das Geld, das dem Staate gehören müßte, das der Staat beschlagnahmen müßte, sieht er nutzlos vertan, während seine Familie bittere Not leidet und während jene nebensächlichenden Plakate „Kinder in Not“ an allen Enden das grauenvolle Elend eines ganzen Volkes in die Welt schreien.

All diese Erscheinungen gehen nicht spurlos an dem Beamtentum vorüber. Der deutsche Beamte, der im Kriege den Begriff „Volk“ kennengelernt hat, der die ganze Not mit tragen muß, die der unselige Krieg über dieses „Volk“ heraufbeschworen hat,

lernt politisch denken.

Er fängt an, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wie wir unsere Schuldenlast verringern können, wie wir das Leben des ganzen Volkes erträglich gestalten können und wo wir die Mittel dazu hernehmen sollen, kurz der Beamte beginnt, sich mit dem Problem der Güterverteilung zu befassen. Wohin ihn das führt, das wissen wir Sozialisten am besten.

Noch besteht in Beamtentreisen der Versuch, ohne den Sozialismus die Güterverteilung zu regeln. Aber mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß alle jene „absolut unfehlbaren Vorschläge“, mögen sie sich nun mit der Brechung der Zinsnechtheit oder mit einer Bodenreform befassen, nicht dahin führen, das deutsche Volk von dem ganzen Elend zu befreien, in das es eine kapitalistische Wirtschaftsweise hineingebracht hat.

Das deutsche Beamtentum lernt daher erkennen, daß die Bergeschaffung der Produktionsmittel notwendig ist, um der Gesellschaft die Mittel zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, um wirklich soziale Reformen durchzuführen und um

auch den Beamten ein anständiges Dasein

zu gewährleisten.

Die Beamtenschaft erkennt die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Mitarbeiterkreise, aller Arbeitnehmerkreise, der nur möglich ist auf politischem Boden. Sie erkennt aber auch, daß keine Partei außer der sozialdemokratischen den Arbeitnehmerstandpunkt rein zu vertreten in der Lage ist, da alle andern Parteien mit kapitalistischen Interessen durchsetzt sind. Die Kämpfe innerhalb der bürgerlichen Parteien, zwischen ihren Arbeitnehmerflügeln und ihren kapitalistischen Gruppen, zwischen Konsummenten- und Produzentengruppen, sind der Auftakt zu der Götterdämmerung, zu dem Zusammensturz all jener Kruggebilde von politischen Parteien, die das glauben machen wollen, daß sich Arbeitnehmer und Kapitalist unter einem Hut bringen ließen, solange noch der Egoismus eines kapitalistischen Jahrhunderts die Menschheit zu Boden drückt.

Es ist nicht lange her, daß der Beamte den Ausdruck „Proletariat“ als eine Beleidigung empfand, während heute dem gesamten Beamtentum die Erkenntnis gekommen ist, daß es

auch ein geistiges Proletariat gibt,

zu dem auch er gehört. Hat doch das Beamtentum nichts in den Produktionsprozeß hineinzugeben als seine Arbeitskraft.

Das Erwachen des Beamtentums, das seinen Ausdruck findet in täglich sich mehrenden Beitrittserklärungen zur Sozialdemokratischen Partei, hat wachsende Besorgnis in kapitalistischen Kreisen hervorgerufen. Es mehren sich die Angriffe gegen den „Beamtensozialismus“. Die deutschen nationalen Zeitungen stroben von unerhörtesten Beschimpfungen der Beamten anlässlich der letzten Ereignisse. Aber selbst bis in die Kreise der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ hinein dringt die Furcht vor der geschlossenen Macht der Beamten.

Tageszeitungen aller politischen Richtungen erkennen

die Not der Beamtenschaft

an, jedoch keine bürgerliche Zeitung hat dem Mut, offen zu bekennen, daß es anders sein könnte, wenn das Kapital nicht

die Leiden hätte, sich dem drohenden Zugriff zu entziehen und sich zu verstecken und gleichzeitig den letzten Blutstropfen aus dem wirtschaftlich bis auf die Knochen ausgezeherten Volkskörper herauszulassen.

Die Lage von den hohen Arbeiterlöhnen ist dieser Tage durch die Entente festgenagelt worden durch die Frage, wie das Deutsche Reich die Gewinne aus den niederen Arbeiterlöhnen realisieren. Die Antwort darauf ist sehr einfach: die Gewinne fließen in die Tasche der Großindustriellen, die es verstehen, aus dem Markt der deutschen Arbeiterkraft unerhörte Dividenden herauszupressen und gleichzeitig die Einziehung berechtigter Steuern zu hintertreiben. Keine bürgerliche Zeitung hat den Mut, dies offen zu bekennen.

Das entgeht nicht den durch Not geklärten Augen des deutschen Beamtentums. Die Flucht der Beamten aus den bürgerlichen Parteien hat begonnen. Die Sozialdemokratische Partei nimmt alle jene Kreise des Beamtentums in ihrem Schuß auf, die gewillt sind, den Kampf um eine bessere Zukunft mit gerechtem Verhältnissen Schalter an Schalter mit ihren Brüdern im Arbeiterkittel zu führen. Diejenigen aber, denen das Auge noch geblendet ist von den Anschauungen eines verfallenden Zeitalters, müssen aufgerüttelt werden zum Erwachen und zum Bewußtsein ihrer schimmernden Kräfte.

W. Kressel, Oberpostsekretär.

Rein Streik der Eisenbahner.

Der Deutsche Eisenbahnerverband — die größte der im Sechzehnerausschuß vertretenen Organisationen — hatte am 18. Januar seinen erweiterten Vorstand erneut nach Berlin berufen. Nach einem umfassenden Bericht der Vertreter des Sechzehnerausschusses über den Gang der Verhandlungen und über die großen Schwierigkeiten, die neue Verhandlungen zur U n m ö g l i c h k e i t machen, wurde beschlossen, ohne Diskussion in geheimer Abstimmung zu dem Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen. Von den 74 abgegebenen Stimmen waren 51 für die Annahme der im Verhandlungsweg erzielten Zugeständnisse, 20 für Streik und drei Zettel waren unbeschrieben. Damit ist die Entscheidung gegen den Streik gefällt. Die Abstimmungen der übrigen drei Organisationen werden kaum ein andres Resultat bringen.

Im Anschluß an die Beendigung der Verhandlungen zwischen Eisenbahnern und Reichsregierung wenden sich die Führer der Eisenbahnerbewegung mit einem eingehenden Aufruf an die Mitglieder der Organisationen. Dieser erscheint in einem Flugblatt mit der Überschrift „Ein Wort der Klärung“. Eindringlich wird darin auseinandergesetzt, daß der Erfolg zwar keinen restlosen Sieg bedeutet, aber doch ein ganz annehmbares Resultat geseizigt habe. Es werden drei Fragen in dem Flugblatt eingehend beantwortet, und zwar: 1. Was sollte durch die Bewegung erreicht werden? 2. Was wurde erreicht? 3. Konnte durch eine A r b e i t s n i e d e r l e g u n g im Augenblick noch mehr erreicht werden? Nur Beantwortung der letzten Frage wird gefordert: Niemals dürfen im folgenden Klouben an die eigene Ueberhöhung die errungenen Erfolge in eine Niederlage umgewandelt werden. Hier den rechten Zeitpunkt zu erkennen, wenn das Kampfschiff sich wenden kann, sei Sache einer klarsichtigen Führung. Denn nichts sei im Leben verhängnisvoller, als die Ueberhöhung der eigenen Kräfte.

Ueber die Aussichten eines eventuellen Streikes wird ausgeführt, daß ein jetzt einsetzender Eisenbahnerstreik nicht nur gegen Regierung, Parlament und öffentliche Meinung geführt werden müßte, sondern vor allem auch gegen Millionen von Volksgenossen, die mit den Eisenbahnern sympathisieren, solange sich Reichsregierung und Reichstag ablehnend verhielten. Jetzt aber, wo erschöpfend verhandelt worden sei und erhebliche Zugeständnisse vorlägen, würde der Streik nicht verstanden werden, und deshalb alle offenen und versteckten Gegner auf den Plan rufen. Darum gebiete die Klugheit, entschlossen den für recht erkannten Weg zu beschreiten.

Zum Schluß heißt es, daß nach der übereinstimmenden Meinung von allen an der Bewegung beteiligten Gewerkschaftsführern der Verhandlungsweg v ö l l i g e r s c h ö p f t und ein andres und besseres Resultat zur Stunde nicht mehr

zu erzielen sei. Es wird deshalb an die Mitglieder appelliert, das vorliegende Resultat mit ruhiger Ueberlegung und unter Würdigung aller Umstände zu prüfen, woraufhin der Ernennung Ausdruck gegeben wird, daß der Standpunkt der Führer gebilligt wird.

Das Flugblatt, das jetzt in vielen tausend Exemplaren ins Land hinausgeht, wird zwar auch nicht restlose Zufriedenheit schaffen, aber es darf erwartet werden, daß die Klärung ganz wesentlich zur Entspannung der Lage beiträgt.

Was wir bisher geliefert haben.

Die Reichsregierung hat in einer Denkschrift eine in den Einzelheiten nachgewiesene Uebersicht über die bisher getätigten Lieferungen und Leistungen aus dem Friedensvertrag und seinen Vorverträgen, die Deutschland auf seine Wiederherstellungsverpflichtungen anzurechnen sind, angefertigt. Bei einer Umrechnung der Papiermark in Goldmark auf der Basis des Kurses des amerikanischen Gold-Dollars ergibt sich, daß die Gesamtleistungen bisher den Wert von 21 Milliarden Goldmark übersteigen. Im einzelnen verteilt sich schätzungsweise der Wert der verschiedenen Leistungen folgendermaßen:

Sachleistungen der preussischen Bergverwaltung 189 284, Eisenbahnwagenpark in den Abrechnungsgebieten 245 632 430, rollendes Eisenbahnmateriale 1 589 625 000, Eisenbahnfahrzeugsabteile 3 097 000, landwirtschaftliche Maschinen (Moena-Lieferung) 28 938 968, Handelsflotte 7 310 302 824, industrielle Maschinen usw. für den Wiederaufbau 966 330, Tiere 237 545 913, Kohlen und Koks 655 957 300, Ammoniak 2 851 204, Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse 225 525 008, Summa 10 300 641 259 Mark.

Saargruben 1 056 947 000, Reichs- und Staatseigentum 4 481 552 938, Wert der abgetretenen fünf Eisenbahnbrücken über den Rhein, soweit sie nicht zum ehemaligen Reichsland Elsaß-Lothringen gehörten, 8 582 350, Ueberseefabel 85 418 979, Mißlachgrüher 2 497 790 000, Summa 8 130 291 267 Mark.

Rosten, die gemäß Art. 235 des Friedensvertrags aus den ersten 20 Milliarden Goldmark bezahlt werden können. Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen 2 240 311 745, Rheinlandsbesatzung 450 000 000, Internationalisierte Kommissionen 40 152 300, Summa 2 739 464 046 Mark. —

Spiegelarbeit?

Die Berliner „Rote Fahne“ hat behauptet, die Demonstranten, welche am Sonnabend versuchten, die Hannmeile um den Reichstag zu durchbrechen und von der Hauptpolizei beschossen wurden, seien dazu von plötzlich auftretenden Rednern aufgefordert worden. Die Redner seien als Spiegel entlarvt worden. Genauere Angaben über die Persönlichkeit dieser Redner hat die „Rote Fahne“ bisher nicht machen können. Vielleicht wird das Auftreten solcher Redner beaeifflich, wenn man folgende Notiz in dem Organ der R. N. B. D. beachtet:

Die Demonstranten, die am Sonnabend überfallen wurden, hatten die blühendsten proporzierenden Vornamensbestimmungen der Ebertrepublik mißachtet. Das war ihr gutes Recht. Sie haben als Kommunisten, als Revolutionäre sich um die bürgerlichen Gesetze nicht zu kümmern.

Nach allen Berichten trugen die Demonstranten riesige Fahnen der R. N. B. D. mit sich, es waren also Anhänger dieser Partei, und die Redner, welche die Demonstranten in die Gewalt trieben, dürften die Funktionäre der R. N. B. D. gewesen sein. Spiegel in der R. N. B. D. sind gewiß nichts Seltenes; aber nichts dürfte solchen Subjekten die Arbeit mehr erleichtern, als generelle Anweisungen, die „bürgerlichen Gesetze“ zu mißachten. Wundern sollte man sich nicht, wenn nächstens erwischte Einbrecher sich auf ihr „revolutionäres R. N. B. D.-Gewissen“ berufen und verlangen, daß ihre Verbrechen als politische Vergehen „gewürdigt“ werden.

Der Berliner Polizeipräsident, Genosse Richter, bemüht sich, Maßnahmen zu treffen, die solche Zusammenstöße in Zukunft unmöglich machen. Er bedauert in einem Schreiben an die politischen Parteien den Zusammenstoß

vom 18. Januar und läßt die Parteien zu einer Besprechung am 20. Januar ein, um mit ihnen über die angemessige Sicherung des Bannkreises der Parlamentsgebäude zu beraten. In einem Schreiben teilt er weiter mit, daß er zu dem Ergebnis gekommen ist, daß nur dann ein völliger und unblutiger Schutz des Bannkreises gewährleistet werden kann, wenn die in Betracht kommenden Parteiorganisationen durch eigene Organe freiwillig die Demonstrationsteilnehmer vom Eindringen in den Bannkreis abhalten. —

Polnische Wirtschaft in Oberschlesien

Zu gleicher Zeit, da die deutsche Regierung den Regierungen der Entente ausführliche Darlegungen über polnischen Terror und Vorbereitungen für militärische Putzche in Oberschlesien unterbreitet, erscheinen in dem englischen Wochenblatt des bekannten demokratischen Imperialisten Garvin, dem Observer, anschauliche Berichte über die polnischen Propagandamethoden in Oberschlesien. Es heißt dort:

Konstant hat bisher 800 Millionen deutsche Mark für polnische Propaganda verbraucht. Er hat alle Lokalführer aufgestaut, neue gegründet, Miesepreise für die einzigen Gasthäuser mit Versammlungsräumen bezahlt. In jedem noch so entfernten Dorfe hat er mindestens zwei redgewandte Leute mit auskömmlichen Gehältern angestellt und Turnvereine für die Jugend gegründet, die mit ganz neuen Apparaten ausgestattet sind. Er hat sogenannte Abstimmungsplügerfahrten zur Muttergottes von Eisenstachau organisiert, wobei jeder Pilger unterwegs kostenlos versorgt wurde. In allen Wägen 4. Klasse der Kleinbahnen trifft man seine Agenten, die während der Fahrt wertvolle Lebensmittel verteilen. Dieser Propaganda gegenüber haben die Deutschen nur etwa 80 Millionen Mark zu Kreden der Gegenpropaganda aufgewendet.

Ueber die Sicherheitsverhältnisse macht der Auffatz die folgenden Angaben:

Die Herden junger Bomben bilden die einzige wirkliche Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit in der Provinz. In den Wäldern, wo diese Banden ihre Waffen verstecken, gibt es immer Zusammenstöße. Wie ein britischer Kreiskommissar sagte: „Der wilde Westen ist harmlos im Vergleich zum wilden Osten.“ Hinsichtlich des unerlaubten Waffentragens haben sich die Deutschen durchaus mit Recht beschwert, ohne daß jedoch Abhilfe geschafft worden ist. Nicht nur sind die deutschen Grenzen sorgfältig bewacht, sondern die deutschen Reisenden, die ein Auslandsvisum haben müssen, werden von ihren eignen und französischen Beamten auf Waffen untersucht. Auf der polnischen Seite ist die ober-schlesische Grenze offen, ein Auslandsvisum unnötig und eine Waffenkontrolle unbekannt.

Zum Schluß hebt der Berichterstatter hervor, daß die ober-schlesische Industrie bei ihrer Abtrennung von Deutschland ihre Existenzgrundlage verlieren würde.

Wie neuerdings aus Bleß gemeldet wird, wurde auf die katholische Schule in Kreuzdorf ein Bombenanschlag verübt. Nach dem Attentat versuchte der Hauptlehrer, das Gebäude zu verlassen, um mit den Banditen zu verhandeln. Er wurde jedoch mit Revolvergeschossen erfaßt und mußte fliehen. Freitag abend wurde in die Wohnung des Ingenieurs M. in Baruschowitz, Kreis Myslowitz, eine Brandbombe geworfen, die großen Sachschaden anrichtete. Am 15. Januar nachmittags 6 Uhr drang in Kofschowitz eine bewaffnete Bande von etwa 20 Mann ein. Sie plünderte das Gasthaus der Frau Lach, raubte 40 000 Mark, ferner Leibwäsche, Schuhe und Kleidung. Dann suchten sie nach dem Wflegeknecht der Frau Lach, namens Dialek, der deutsch gelehrt war und schon einmal nach Kofschowitz verbracht wurde, nach seiner Rückkehr aber seine Ergebnisse erzählte. Die Banditen fanden den jungen Mann und nahmen ihn mit sich fort. Am Tage darauf wurde er im Walde bei Kofschowitz tot aufgefunden. Die Leiche war in grauenhaftem Zustand. —

Bergarbeiter und Sozialisierung.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der zurzeit in Berlin unter Beteiligung sämtlicher deutscher Bergwerksgebiete eine Vorstandskonferenz abhält, beschäftigt sich unter anderem auch mit der Sozialisierungsfrage. In einer mehrstündigen Debatte wurde die Notwendigkeit einer sofortigen Sozialisierung von künftigen Rednern gefordert und betont, daß der marschierende Trupp die Sozialisierungsmaßnahme bedingt. Die von Uebereinstimmung und Einmütigkeit zeugende Debatte klang in ein

Kleines Feuilleton.

Im Obdachlosenasyl.

Im Reichen der herrschenden Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit und der erschwerenden Lebensbedingungen ist das Obdachlosenasyl in der Fröbelstraße in Berlin wesentlich erhöhtem Zustrom ausgesetzt. Ein Mitarbeiter Berliner Zeitungen, der sich eine Nacht im Obdachlosenasyl aufgehalten hat, gibt folgende Schilderung des Elends dort:

Im Reichen Gaternenlicht trampeln müde Gestalten unaufhörlich durch das Tor. Der Versammlungssaal des Asyls ist vollgepackt mit verlumten Männern. Ein unerträgliches Geräusch, demgegenüber der Armeleutegeruch der Vorkriegszeit noch an orientalische Düfte erinnert, verdrängt sich in der Nase. „Wer haben will...“ Die Keimkeimstanzarten jammeln sich beim Lausoleum, ein Miesepfeffer nimmt die entvölkerten Lumpen auf, der ehemalige Inhalt marschiert in den Baderraum, wo sich fünfzig Duschbecken über die nackten Leiber ergießen. Ein Blechnapf an der Wand trägt die diskrete Aufschrift: „Mittel gegen Fäulnis.“ Dann geht es in einen warmen Raum, wo sich die Männer tummeln, bis die feinsten Kleider wieder zurückkommen.

Einlaß zu den Schlafjalen. Ungeräumtes Gedränge an den beiden Eingängen, die immer nur einen Mann durchlassen. Decken- und Schutzempfang. Ich liege im Saal 27. Rechts, links und in der Mitte die Traggestelle. Dampfe Wärme dringt durch die Köpfe. Die Männer wickeln sich aus ihren Güllen, der Dunst von Schweiß und Dred wird immer dicker. Die meisten haben kein Hemd, viele nur Fetzen, gegen die selbige Wärme wie Wallfische wirt. Küssen, Stöhnen, Schreien im trüben Lichte. Schlächter Rauch aus Stummeln und halbverkohlenen Pfeifen. Wie ein jämlicher Witz die tiefenhaften Wandausstrichen: „Mausen verboten!“

In den Frauenjalen stimmen die Erscheinungen der Insassen noch trauriger. Alte Frauen mit weißen, hängenden Haarsträhnen und zerfallenen Gesichtern, junge Mädchen, die müde mit wackeligen Beinen ihre Blöße zu bedecken versuchen. Im

wirren offenen Haar sitzt eine und singt mit falscher, zerbrochener Stimme ein Gassenlied. Ich stehe im dunklen Fluß hinter dem Saal, wo eine dicke Tür die Frauen- von der Männerstation trennt. Reife Klopfsignale von der Männerseite. Fast jede Nacht wird die Tür zerbrochen, die unzählige Male vernagelte. . . . Zweitausend Männer liegen durchschnittlich im Nachtasyl und anderthalb hundert Frauen.

In anderen Sälen sind Familiennotquartiere, durch Bretterwände abgetrennte Räume. Blaue Frauen sitzen unter ihren Röckchen und grüßen lächelnd den Besucher. Im Vorderhaus ist das Familienobdach. Die Männer sind in einer Baracke über der Straße untergebracht. Die Frauen liegen mit ihren Kindern zum Teil wegen Platzmangels in qualvoller Enge in den Betten. Wenn der Platz nicht reicht, legen sie die Kinder zueinander zum friedlichen Schlaf und sitzen mit gegentten Köpfen die ganze Nacht auf dem Betttrand.

In der Schwangerenstation das gleiche, nur müdere Bild. Nahe dabei liegen die Wöchnerinnen. In einem der kleinen Holzsaal liegen zwei Tage alte Zwillinge, rot wie Krebse, ganz leicht im Schlafe quälend. Die arme Mutter lächelt ein wenig. Verschämter Stolz und trauriges Glück. Im gleichen Flügel, streng abgeteilt, sind noch die Kräftestation und die Abteilung der geschicktesten Frauen, die sich freiwillig zur Behandlung begeben haben.

Im andern Flügel ist das Sorgenkind des Miesepfeffers, die Dirnenzwangstation, untergebracht. Auf den Gängen herrscht trotz der späten Stunde noch ein munteres Leben. „Wie schmeckt Ihnen das Essen, Fräulein?“ „Oh, er geht. Bloß eja! Schlempe, da is ja de Dauer zu fastig.“ Es sind blutjunge, oft sehr schöne Mädchen dabei, denen die Dirne nicht so leicht anmerken ist; andre tragen das fürchterliche Gesichtsmal jahrzehntelanger Gewerksunzucht. Die Schwefelstagen ihrer Leid. Es gibt fast alle Tage Sturm. Dann werden die Fensterstößen geschlagen — vor kurzem für zwanzigtausend Mark auf einmal. Auch Türen werden trotz ihrer Festigkeit eingedrückt. Am schlimmsten ist der Verkehr mit der Straße, gegen den alle Vorkehrungen wenig nützen. Im Windstößen werden Briefe und Zigaretten, so

gar Strickleitern herausgezogen, und Fluchversuche, auch ge-lungene, gehören nicht zu den Seltenheiten.

Wieder im stinkenden Dunst des Schlafsaals. Ich schreite von Diebstahl zu Diebstahl. Mührender Ordnungssinn bei vielen der hoffnungslos Verelendeten. Irrendes haben sie Radel und Horn stecken und nähren den siebenundvierzigmal geschilten, papierdünn bewehrten Fischen zum achtundvierzigsten Male. Schuhe, gegen die sich Sandalen wie Wasserhiesel ausnehmen, werden mit Vieh, Spunde und Schwärzereiten behandelt. Kammschäden erinngelichen, in Wasser getaucht, eine leibliche Kräfte. Im bühnen Gemütschkeit will sich auch aufkorn. Eine Harmonika wird gepfeift, sogar humoristische Darstellungen werden von einzelnen zum besten gegeben und von allen freudig aufgenommen. Auffallend der Kontrast zwischen Alten und Jungen. Die Alten verbrümmelt und haarberwachsen, während sich die Jungen lebhaft und laut unterhalten und bei aller Abgerissenheit fast durchweg rastert und gut geklämt sind.

Schließlich wird Ruhe, und alles schläft. Aber jeden Morgen, der durch die Oberlufen graut, reißt Tausende von Schlafeligen in die Dede eines zwecklosen Daseins zurück. —

Schließung des Straßentheaters. Wie gemeldet wird, wurde das Stadttheater in Straßburg, die einzige größere Bühne Westpreußens, von der Stadt geschlossen, da die städtische Theaterverwaltung in den ersten 3 Monaten dreier Winterpielzeit mit einem Fehlbetrag von rund 200 000 Mark gearbeitet hat. Dem Personal ist seitens der Stadt gekündigt worden. —

Ein 16jähriger Opernkompunist und Dichter, Adrian Weckam, der 16jährige Opern- und Thomas Weckams, hat eine Oper: „Der Kaufmann von Venedig“ komponiert, die in London am 1. Februar zur Aufführung gelangen wird. Der junge Kompunist, der bereits seit seinem sechsten Jahre sich mit dem Komponieren beschäftigt, hat schon zwei Opern, ein Ballett und verschiedene kleinere Werke geschrieben. Er ist selbst ein guter Pianist und besitzt viel Übung mit den meisten Orchesterinstrumenten. Auch das Libretto hat der junge Weckam selbst verfaßt, dem als Unterlage der Schaffensperiode Text dienete. —

WIRTSCHAFTSBEILAGE ZUM VOLKSFRUND

Nr. 6 Magdeburg, Donnerstag den 20. Januar 1921

Die Leiter.

Eine Robinsonade.

„Was! — eine Robinsonade, da beginnt ja die Geschichte mit einem Schiffbruch und legt sich dann auf irgendeiner Wüste ab? —“
„Nein, das ist nicht die Robinsonade, die Sie meinen, sondern eine Robinsonade, die Sie nicht kennen.“
„Aber Sie sagen ja, es beginnt mit einem Schiffbruch.“
„Ja, das ist richtig, aber es geht nicht um einen Schiffbruch, sondern um einen Mann, der sich verirrt hat.“
„Verirrt? —“
„Ja, er ist verirrt, er hat sich verirrt.“
„Verirrt? —“
„Ja, er ist verirrt, er hat sich verirrt.“

„Aber Sie sagen ja, es beginnt mit einem Schiffbruch.“
„Ja, das ist richtig, aber es geht nicht um einen Schiffbruch, sondern um einen Mann, der sich verirrt hat.“
„Verirrt? —“
„Ja, er ist verirrt, er hat sich verirrt.“

„Aber Sie sagen ja, es beginnt mit einem Schiffbruch.“
„Ja, das ist richtig, aber es geht nicht um einen Schiffbruch, sondern um einen Mann, der sich verirrt hat.“
„Verirrt? —“
„Ja, er ist verirrt, er hat sich verirrt.“

„Aber Sie sagen ja, es beginnt mit einem Schiffbruch.“
„Ja, das ist richtig, aber es geht nicht um einen Schiffbruch, sondern um einen Mann, der sich verirrt hat.“
„Verirrt? —“
„Ja, er ist verirrt, er hat sich verirrt.“

„Aber Sie sagen ja, es beginnt mit einem Schiffbruch.“
„Ja, das ist richtig, aber es geht nicht um einen Schiffbruch, sondern um einen Mann, der sich verirrt hat.“
„Verirrt? —“
„Ja, er ist verirrt, er hat sich verirrt.“

„Aber Sie sagen ja, es beginnt mit einem Schiffbruch.“
„Ja, das ist richtig, aber es geht nicht um einen Schiffbruch, sondern um einen Mann, der sich verirrt hat.“
„Verirrt? —“
„Ja, er ist verirrt, er hat sich verirrt.“

„Aber Sie sagen ja, es beginnt mit einem Schiffbruch.“
„Ja, das ist richtig, aber es geht nicht um einen Schiffbruch, sondern um einen Mann, der sich verirrt hat.“
„Verirrt? —“
„Ja, er ist verirrt, er hat sich verirrt.“

„Aber Sie sagen ja, es beginnt mit einem Schiffbruch.“
„Ja, das ist richtig, aber es geht nicht um einen Schiffbruch, sondern um einen Mann, der sich verirrt hat.“
„Verirrt? —“
„Ja, er ist verirrt, er hat sich verirrt.“

„Aber Sie sagen ja, es beginnt mit einem Schiffbruch.“
„Ja, das ist richtig, aber es geht nicht um einen Schiffbruch, sondern um einen Mann, der sich verirrt hat.“
„Verirrt? —“
„Ja, er ist verirrt, er hat sich verirrt.“

solche Maße, und sie sind bei beiden Geschlechtern fast fast aus demselben Maße, was in Birma etwas auf sich hat, würde nie anders als in einem Geleiten ausgehen, den noch keine Wäpfe seines Glanzes betäubt hat. In den Hüften trägt die Birmanin einen Gürtel aus Wollfäden, mit dem sie die Hüften umschließt und sie so durchschneidet. Die Wölbung in Birma sieht seinen und seinen Schminke, das Handgelenk umschließt schmale Goldbreiten, die um die Hüften herum gefaltet sind. Sehr schön sind die feinen Bruststücke aus Goldfäden, die langen dünnen Goldketten und die kleinen Goldhänge als Nackenschmuck. Die Birmanen tragen im Haar Goldschmuck, Blumen oder halbmondförmige Schmuckstücke. Die feineren Hüften Ohrringel und Ohrringel sind bei den höchsten Schichten längst verpönt. Am amüßigsten aber wirkt die überall in Birma verbreitete Sitte, feine Blütenzweige im Haar zu tragen.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Von Land und Leuten.

Von Land und Leuten.

Von Land und Leuten.

Von Land und Leuten.

Von Land und Leuten.

Von Land und Leuten.

Von Land und Leuten.

Von Land und Leuten.

Von Land und Leuten.

Von Land und Leuten.

Von Land und Leuten.

Von Land und Leuten.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Humor und Satire.

Ergebnis aus, das in nachfolgender Resolution zusammengefasst wurde:

Die am 14. Januar und folgende Tage in Berlin tagende Konferenz des Gesamtvorstandes und der Bezirksvertretungen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erklärt, daß der Bergarbeiterverband an dem Beschlusse seiner Generalversammlung in Wiesfeld (1919) über die Sozialisierung des Bergbaues und an der gleichgerichteten Einschließung des internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf (1920) festhält.

Wir verstehen unter Sozialisierung die Übertragung der vollen Verfügungsgewalt über die Gewinnung und Verteilung der Bodenschätze auf eine durch die Reichsregierung berufene Vertretung des Volksganges. Die in jüngster Zeit rapid fortgeschrittenen kapitalistischen Verkrüppelungen der Bergbauindustrie bedroht die Interessen des Volksganges im wachsenden Maße. Der unbedingt nötige Schutz der öffentlichen Interessen gegen die privatkapitalistisch-monopolistische Beherrschung unserer wichtigsten Hochstoffindustrie ist der Hauptgrund für unsere Sozialisierungsforderung. Sie ist keine „spezifische Bergarbeiterfrage“, sondern eine Volksangelegenheit. Die Unternehmervorschlüsse beschäftigen keine Sozialisierung, aber eine außerordentliche Unterstützung der privaten, gemeingefährlichen Verkrüppelungsbestrebungen. Der Vorschlag „Kleinaktien“ auszugeben, will die Klasse mammonistische Gewinnsucht noch verstärken. Der Verband lehnt das entschieden ab! Von der Reichsregierung fordern wir, daß sie das am 5. August und 22. September 1920 gegebenen Versprechen, einen Gesetzentwurf, der die tatsächliche Sozialisierung des Bergbaues bezweckt, einzubringen, ohne weitere Verzögerung einlöst.

Die Resolution ist, wie der „Vorwärts“ dazu bemerkt, in ihrer völligen Unzweideutigkeit äußerst erfreulich. Begrüßt muß die klare Umschreibung des Begriffs „Sozialisierung“ werden, die in ihr zum Ausdruck gebracht wird, und ferner die entschiedene Ablehnung jener kleinbürgerlich-kapitalistischen Denkweise, die von dem Kapitalismus der Arbeiterklasse so gern nachgefragt wird.

Es muß der Arbeiterklasse klar sein, daß aber auch eine reiflose Sozialisierung, so wie sie in der obigen Definition umschrieben wird, noch lange nicht das sozialistische Verbrauchsproblem zu lösen imstande ist. Solange die Menschen — auch die Arbeiter — bürgerlich-individualistisch leben, wird derjenige, der Mehrwert sich aneignet, immer imstande sein, mehr an Kohle zu verbrauchen als der Arbeiter.

Die Reichsregierung, die seit nunmehr fast einem halben Jahre sich um die Erfüllung ihrer Versprechen zu drücken sucht, möge sich durch die entschlossene Sprache der Resolution der maßgebenden Bergarbeiterorganisationen in Deutschland rechtzeitig warren lassen.

Sie schwingen die Bankrotflagge.

Die regierende „Deutsche Volkspartei“ hat zwar bisher noch nichts Erfreuliches geleistet, dafür aber will sie sehr den Streit um die Reichsflaggen im Sinn ihrer „deutschnationalen“ Kampagne schlichten. Durch die Verfassung vom Weimar wurden Schwarzrotgold als Reichsflaggen festgelegt, die Farben, die bereits 1848 allen deutschen Stämmen als Symbol der Einheit vorgeschrieben waren. Die deutschnationalen Fackelkreuzer waren bald dabei, die neuen Farben als „Judenfahne“ zu bezeichnen. Demokratie ist ihnen ein Grauel; sie wollen zu der Zeit zurück, wo die Junker im Reiche das Ruder führten, das eine Hörsingerglocke in der Hand hielt. Und weil damals die Reichsflaggen schwarzweißrot gewesen sind, will man wieder zu ihnen zurückkehren. Die Deutsche Volkspartei hat nun bei den andern Regierungsparteien angeregt, die Entscheidung der Frage zur Wiederannahme der schwarzweißroten Flagge durch Volksentscheid herbeizuführen. Die andern Regierungsparteien werden zu dieser Anregung sofort nach dem Zusammentritt ihrer Fraktionen Stellung nehmen.

Dem deutschen Volke wäre es gewiß angenehmer, wenn ihm die Deutsche Volkspartei das versprochene Brot und die billigen Preise gebracht hätte, wenn man mit der Wuchererei und Schiebererei aufgeräumt hätte, was nicht gar zu schwer gewesen wäre, da sich doch die „Jahminister“ in ihrer eignen Partei austennen müssen, wo ja die meisten der Wucherer und Schieber sitzen. Statt dessen hat man dem Wucher kräftig Vorschub geleistet, denn wozu regiert man denn, wenn nicht zur Wahrung eigener Interessen?

Und nun soll Deutschland die schwarzweißrote Bankrotflagge herausstrecken, die Fahne, unter der wir in Krieg und Niederlage, in Schmach und Schande verstrickt wurden! Das Volk soll eine Probe dafür ablegen, ob es reif ist, wieder unter das Joch der Junker, der Kapitalisten und Militaristen zu kriechen. Das nennt dann die Deutsche Volkspartei „Wiederaufbau“! In der Tat, sie wird so lange „aufbauen“, bis wir glücklich wieder bei den früheren Sklavensituationen angelangt sind, vorausgesetzt, daß sich die Arbeiterklasse nicht rechtzeitig eines Besseren besinnt. Am 20. Februar gilt es die richtige Antwort auf all die unverschämten Herausforderungen zu geben, die sich der schwarzweißrote Klüngel täglich dem Volke gegenüber erlaubt.

Vorstoß der Alkoholgegner im Reichstag.

Im Reichstag hat sich im Dezember eine interfraktionell-alkoholgegnerrische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Von sozialistischen Abgeordneten der verschiedenen Richtungen sind beteiligt: Wolf Braun, Professor Radbruch, Sellmann (Köln), Frau Schreiber-Krieger, Frau Wurm, Dr. med. Mose u. a. m. Es gehören ihr nicht nur abstinente Abgeordnete, sondern auch Abgeordnete an, die nicht jeglichen Alkoholgenuss verwerfen, doch aber der Auffassung sind, daß der Alkohol-

verbrauch aus gesundheitlichen, wirtschaftlichen, sozialen und sittlichen Gründen möglichst eingebremst werden muß. Die erste Aktion dieser Arbeitsgemeinschaft greift die Gewährung von Geste für „Kollbier“ an, solange Massen unserer Volksgenossen hungern. Daß dieser Vorstoß weitgehende Sympathien findet, geht aus der Tatsache hervor, daß er von über hundert Abgeordneten gebilligt wird. Nicht weniger als 107 Reichstagsabgeordnete haben folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

Seit einiger Zeit wird wieder überall „Kollbier“ ausgesetzt, während in allen Kreisen der Bevölkerung der Mangel an den aus Geste zu gewinnenden Nahrungsmitteln (Wein, Mehl, Graupen, Getreide, Flocken, Malzextrakt für Kranke und kranke Mütter) bitter beklagt und die bestehende Zwangs- und Notlage von den zuständigen Stellen des Reiches und der Staaten immer und immer wieder anerkannt und betont wird. Auch der Malzextrakt („Deutscher Kaffee“) ist nicht in genügender Menge und zu billigen Preisen erhältlich.

Nach Mittellagen stehen 792 000 Tonnen Geste zur Verfügung, von denen zugebacht sind der Herstellung von
Bier 482 000 Tonnen = stark 60 v. H.
Kaffee-Ersatz 120 000 Tonnen = stark 15 v. H.
Kochgraupen 120 000 Tonnen = stark 15 v. H.
Brotgetreide 40 000 Tonnen = stark 5 v. H.
Kindermehl 20 000 Tonnen
Malzextrakt 5 000 Tonnen
Espiritus 2 000 Tonnen
Kochfertigen Suppen 1 000 Tonnen
Verschlebehem 2 000 Tonnen

Ist die Reichsregierung bereit, die der Braubindustrie in Aussicht gestellte Geste so lange zurückzubehalten, bis die unmittelbare Volksernährung durch Geste (und die Erzeugnisse aus der Geste) so ausreichend gesichert ist, wie es der Stand unserer Volksgesundheit gebietet verlangt?

Während der Kriegsjahre war es für jeden Menschen selbstverständlich, daß der Verbrauch von Brotgetreide zur Vorerbereitung eingeschränkt werden mußte. Das war nicht nur in Deutschland, sondern in allen kriegsführenden Ländern so. Deutschland hat jetzt, wo es bettelarm ist, erst recht keinen Anlaß, Getreidemengen, die es zu Nahrungsmitteln bitter notwendig braucht, in Bier umzuwandeln zu lassen.

Oberschlesier!

Kommt sofort ins Bureau der „Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier“, Hochstr. 12, sonst verliert ihr Euer Abstammungsrecht!

Das Kabinett Briand.

Nach den Ministern sind die Unterstaatssekretäre ernannt worden. Die Unterstaatssekretäre sind nicht etwa höhere Beamte und sonstige Fachleute, die die Minister in allen Spezialfragen ihres Faches vertreten, während der Minister als Verantwortlicher vor dem Parlament die politische Leitung seines Ministeriums hat; Unterstaatssekretäre dienen in Frankreich dazu, die Ansprüche von einflussreichen Parlamentariern, für die ein Ministerposten nicht übrigblieb, zu befriedigen. Sie sind ein Sicherheitsventil gegen die Opposition der Unbefriedigten. Es sind also diesmal neun Unterstaatssekretäre ernannt worden. Das Kabinett Briand enthält nunmehr fünf Progressisten, sieben Vertreter der demokratisch-republikanischen Linken, fünf Linksrepublikaner, zwei Mitglieder der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei und drei sozialistische Republikaner.

Also zwei ganze Kabinete! Dagegen fünf Progressisten. Was die „sozialistischen“ Republikaner anbelangt, genügt es wohl zu sagen, daß Briand einer davon ist.

Gegen die kommunistische Zerfetzung.

Im Deutschen Metallarbeiterverband machen sich die zerstörenden Wirkungen der nur auf Selbsterfleischung der Arbeiterklasse eingestellten kommunistischen Propaganda mit am stärksten bemerkbar. Aufgabe der Leitung der Organisation mußte es sein, dem Uebel, das die Organisation mehr und mehr zur gewerkschaftlichen und organisatorischen Untätigkeit verurteilt, entsprechend entgegenzutreten. Der erweiterte Beirat des Metallarbeiterverbandes hat sich daher in einer Sitzung in Stuttgart mit der kommunistischen Zerfetzungsarbeit beschäftigt und ist zu folgendem Beschluß gekommen:

Der erweiterte Beirat weist auf die wachsende Macht des kapitalistischen Unternehmertums und der Reaktion hin, die um so mehr steigt, als die Arbeiterklasse sich zerfleischt und ihre Organisation schwächt.

Die Befolgung der von der kommunistischen Internationale geforderten Tätigkeit in den Gewerkschaften führt zur Spaltung der Stützkräfte und Aktionsfähigkeit der Organisation, die Befehlshauptung und Belämpfung der eignen Gewerkschaft mit eiserner Konsequenz zur Spaltung.

Wer solche Schwächung und Zerfetzung unseres Verbandes betreibt, erschwert den ohnehin erbitterten Kampf gegen den Kapitalismus und ist deshalb als Schädling des Verbandes zu behandeln.

Der erweiterte Beirat, der sich auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stellt und das Treiben der Moskauer Gewerkschaftsinternationale in schärfster Weise verurteilt, fordert deshalb vom Vorstand, daß er gegen Mitglieder, welche eine derartige die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder schädigende Tätigkeit ausüben, mit allen statutarisch zulässigen Mitteln vorgeht.

Er erklärt ausdrücklich, daß der Verband seine Aufgabe nur erfüllen kann, wenn er volle Selbständigkeit besitzt, für seine Organe und Funktionen das Statut und die Beschlässe des Verbandes allein bestimmend sind. Funktionäre kann nicht sein, wer seine Arbeit im Verband von der Stellung außerhalb des Verbandes stehender Personen oder Stellen abhängig macht.

Wir begrüßen die mutige und entschlossene Stellungnahme des Beirats. Der Kampf mit den Unterwühlern jeder freiwilligen gewerkschaftlichen Disziplin muß früher oder später ausgefochten werden, soll nicht die unter schweren persönlichen und ideellen Opfern aufgebaute Organisation in Trümmer zerfallen. Je früher aber, um so besser! Wenn längt nicht mehr an die kommunistischen Einlagsschlingen zu denken ist, wird die Arbeiterklasse noch an den Wunden bluten, die ihr in diesen Tagen von hinterlistigen Klassenfeinden gefügt worden sind.

Notizen.

Nur die Großhandelspreise sinken. Als Folge der Weltkrisen in der Industrie und Landwirtschaft sind in den Vereinigten Staaten und in Westeuropa bedeutende Preisstürze erfolgt. Nun hören wir allgemein die Klage, daß der Preissturz nur im Großhandel erfolge, die Kleinhandelspreise blieben weiter auf ihrer unerwartet hohen Höhe. Der Kleinhandeler will sich nicht dazu entschließen, die Waren, die er teilweise noch zu höheren Preisen gekauft hat, billiger zu verkaufen. Er hält lieber die Ware zurück oder transportiert sie mit verschiedenen Mitteln zu den alten hohen Preisen abzugeben. So haben die Arbeiter von der Weltkrisen nur die Arbeitslosigkeit und können sich als Entgelt nicht einmal der billigeren Preise erfreuen.

Die Orgesch in Schlesien. Im Kreise Waldenburg sind vor einigen Tagen Dokumente über den mitärischen Aufmarsch der Orgesch beschlagnahmt worden. Minister Severing hat daraufhin eine Untersuchung angeordnet. Der Kreisleiter der Orgesch, Hauptmann Westheim, sein Stellvertreter Mittmeister Thilo und der Direktor Brittan aus Grottdorf wurden verhaftet. Wie die Breslauer „Volkswacht“ mitteilt, sind die eigentlichen Schuldigen bei der Breslauer Provinzialleitung der Orgesch, deren Vorsitzender ein ehemaliger Leutnant Rohlf ist, zu suchen. Nach einer neuen Meldung sind in der Waldenburger Affäre bisher im ganzen sechs Personen verhaftet worden, und zwar die Führer der Kreisleitung des Heimatschutzverbandes „Verfassungstreue“ Schlesien. Die Hauptschuldigen, Leutnant a. D. Wille, Geschäftsführer der Kreisleitung des Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schlesien und sein Stellvertreter, Leutnant Macianga, sind, den Spuren ihrer großen Vorbilder folgend — verhaftet. Ein Haftbefehl gegen sie ist beantragt.

Der Meineidsteiff dauernd verhandlungsunfähig. Eine Waise der deutschen Nation, Adolf Eulenburg, der 1907 einen Meineid geleistet hat, ist seit jenen Tagen verhandlungsunfähig. 20mal ist nach einem Urteil im Rechtsauschuss der Preussischen Landesversammlung der Eulenburg von den verschiedensten Ämtern untersucht worden, die alle zu der Ueberzeugung kamen, daß der ehemalige Bekannte Wilhelm insolge Arterienverkalkung, Bluthochdruck, Herzvergrößerung und Augenblähung dauernd verhandlungsunfähig ist. Man hätte den Eulenburg während des Krieges als ungeheuren Arbeiter einer der v. v. Maschinen vorstellen sollen, die hätten ihn sicher zumindest als noch „hilfsdienlich“ und verhandlungsunfähig besunden.

Vom Internationalen Arbeitsamt. Auf der Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf beschloß man sich nach Erledigung von Organisationsarbeiten mit der Frage der Ratifikation der internationalen Arbeitsverträge durch die amerikanische Regierung. J. J. Clark (Frankreich) stellte die nachdrücklichste Forderung, daß alle Parlatemente in den vorgeschriebenen Fristen das Abkommen ratifizieren. Auf der Tagesordnung der Sitzung steht weiter die Regelung der Vandalarbeit. Westanlich hat sich die Schweizer Regierung gegen die Anwendung des Abstimmungsrechts für die Vandalarbeit ausgesprochen und hat die Ablehnung dieser Frage von der Tagesordnung der allgemeinen Tagung beantragt. Die Ansichten beim Verwaltungsrat sind sehr geteilt.

Die deutschbaltischen Geheimbünde. Der Verbindungsmann zwischen den baltischen Monarchisten und den Franzosen, Graf Vorhieser, macht jetzt in Enthüllungen über Putschvorbereitungen der Konfuzenten höfenzöllnerischen Couleux. Er behauptet, daß die deutschbaltischen Geheimbünde Putschabsichten haben und alle Vorbereitungen zu einem Aufstand getroffen sind. Der deutschbaltische Schutz- und Trugbund ist mit dem ungarischen Wörderverein „Erwachendes Ungarn“ in ein Kartellverhältnis getreten.

Depeschen.

Reichstag und Oberschlesien. L. U. Berlin, 10. Januar. Die deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, Demokratische Partei und Sozialdemokraten haben im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Was denkt die Reichsregierung zu tun, um die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in Oberschlesien herbeizuführen, bei durch die Ansammlung polnischer Truppen an der oberösterreichischen Grenze geschaffenen Gefahr zu begegnen und die im Abstimmungsreglement für Oberschlesien enthaltene Benachteiligung der deutschen Stimmberechtigten zu beseitigen?

Begnadigung der Volkskommissare? L. U. Budapest, 10. Januar. Die englische Regierung hat dem ungarischen Kabinett und dem Reichsbevollmächtigten den dringenden Rat erteilt, die zum Tode verurteilten Volkskommissare zu begnadigen. In gutunterrichteten Kreisen bekundet, daß die Begnadigung sofort nach Verständigung mit der Sowjetregierung über diese Frage erfolgen wird. (Schluß des redaktionellen Teils.)

Formamint-Tabletten
vernichten die Bakterien in Mund und Rachen und gewähren
Schutz vor Ansteckung.

Kostüm- u. Anzugstoffe
— blau und schwarz. —
Große Posten in Marango, Chevier, Tuch, 140/150 cm breit, zum Ausfüllen, von
95 Mark pro Meter
sowie
Damenulster, Kostüme, Röcke, Mäntel usw.
Besters Gelegenheitskauf, Sülzterstraße 33.
Nach Amerika, Brasilien, Mexiko!
Am 22. Januar erteilt Wähler den Hamburg. Wähler
zu Sagen, Magdeburg, Sonntag, 22. Februar 1921.

! Möbel-Einrichtung!
Speisezimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Küche, laziert und gestrichen, Schreibtische und Klappertische für Privat u. Bureau — sowie sämtliche Einzelmöbel —
bestenfalls preiswert
Karl Kohle, Tischlermeister,
Ratharinenstraße 2/4.

Gr. öffentl. Versammlung
für Frauen und Männer.
Am Freitag den 21. Januar, abends 7 1/2 Uhr, spricht
bei Fredebeichs die Genoffin
Rosi Wolfstein
über:
Wer hilft den Frauen aus ihrer Not, und die kommenden Wahlen.
Arbeiterinnen, Hausfrauen und Mädchen sowie Männer
erschienen in Massen!
Es ladet ein die S. A. P. D. Ortsgr. Magdeburg.
Eintritt 10 Pf., Erwerbende gegen Einsendung des
Sachs. Geldes.

Magdeburger Mieterverein E. B.
Freitag den 21. Januar 1921,
abends 7 1/2 Uhr, im „Hoffäger“
Hauptversammlung
Tagesordnung:
Sachverhalt, Rassenbericht, Wahlen, Proteste gegen den Entwurf eines neuen Mietenergesetzes.
Nur Mitglieder und deren Frauen haben Zutritt. Neue Mitglieder können am Saaleingang aufgenommen werden.
Der Vorstand.
213



AUSVERKAUF

Papierwaren-Abteilung

Ordner mit Register	10.50
Quartblocks sortiert und Antilert 50 Blatt	4.85
Oktaoblocks sortiert und Antilert 50 Blatt	2.75
Tollettenpapier Krepp Rolle	2.25
Magdeburger Ansichtskarten 10 Stück	0.35
Briefkassetten bedeutend unter Preis 25.00 bis	8.00
Jugendschriften reich illustriert	8.50

Reinwollenes ca. 150 cm br. Tuch
in 10 Farben, für Kleider, Kostüme,
Mäntel und Knaben-Ausüge Meter **68⁰⁰**

Restaurations-Tischdecken
Stück **78⁰⁰ 60⁰⁰ 48⁰⁰**

Reinwollenes Strickgarn
Sternwolle, grau und schwarz $\frac{1}{8}$ Pfund **17⁶⁰**

Ca. 8000 Photographie-Rahmen

im 2. Stockwerk auf Terrassen ausgestellt, enorm billig, p. B.

Sowohl Vorrat geben wir hieron auch größere Mengen ab.	Bistformat	30	45	60	90
	Brinzeformat	40	70	95	115
	Pr.-Kabinett	45	60	70	85
	Promenade	80	95	145	185

Nippes ⇒ sehr billig ⇐ Nippes

Ein Posten Zwerge als Ascher, Spardösche usw.	jezt 3.85
Ein Posten Metall-Afcher mit Vogel	jezt 75
Ein Posten Porzellan-Afcher mit Pierrot	jezt 2.85
Ein Posten Porzellan-Nippes mit Golddekor	jezt 1.45 95
Ein Posten Reisefloffer als Spardöschen	jezt 3.45

Unvergessliche Gelegenheits!
Korbtablets mit und ohne Henkel,
mit moderner Einlagen
Serie 1 jezt 7.75 Serie 2 jezt 10.75 Serie 3 jezt 12.75

Kernseife
prima helle Ware,
Doppelfuß
4.75

GEBR. BARASCH

**Toiletten-
Seife**
100 - Gramm - Stück
2.65

Jeden Sonntag sowie Dienstags und Donnerstags
nachmittags
Künstler-Konzert
in
Stadt Loburgs Kaffee-, Tee- u. Likörstuben
Magdeburg-Friedrichstadt 47

Spanisch lehr Dolmetscher
Königl. 22. Tel. 5972
Restaurant Nachholz
Weinbergstraße 27.
Seden Freitag abends 7 Uhr
Großer
Eier-Preisskat.
Ergebenst ladet ein
Ernst Nachholz.
7023

Operntexte
empfiehlt
Buchhandl. Volkstümme.

Restaurant Hospitalstraße 7
Donnerstag 7 1/2 Uhr
Groß. Preis-Skat. 83 ladet ein
Sbitger.

Fürstenhof-Prunksaal
Abendlich 7 Uhr:
Das sensationelle
Niefenprogramm der
Variete-Attraktionen.
u. a.:

Akropolis
von Anna Wink.
Lebende Momente in
vollendeter Schönheit.

Paul Jülich
der brillante Humorist mit
neuen Schlagern.

3 Blanks
Eauilbrifische Gangspiele
in höchster Meisterschaft
und weitere 3 Schlager.
Freitag:
Wolkvorstellung.

Fürstenhof-Tunnel
Wochentags ab 7 Uhr,
Sonntags ab 4 Uhr
Die lustigen Oberbayern

Stephanshallen
Gastspiel
der jugendlichen
Goubrette Trude
sowie
8 erstkl. Solonummern
außerdem
1 Lebensbild
1 Burleske.

Reichhalt. trakt. Mittags-
u. Abendlich 1.25 Brk.
Satt. und Logierhaus Mitte
Rote, Schwertfegerstr. 22 (6431)

ZENTRALE
-THEATER-

Abendlich 7 Uhr:
Der große Erfolg!
**Die Frau
im Hermelin**
Neue allr. Ausstattung.
Premierenbesetzung.

UT Heute bis
Donnerstag **UT**

Magdeburg
**Die Finsternis
und ihr Eigentum**
oder
**Der Sohn
des Mörders**
Kriminaldrama
5 Akte! 5 Akte!

Buckau
Der nervenpeinigende
Sensationsskizzen
Geißer Kampf
zwischen Schmugglern
u. Grenzwachtern oder
**Der Sheriff
von Goldestal.**
Soufflersteller
Ulwin Neuf.
Dazu
Der weiße Frau
Lebensweg einer
Szenen-
Spannendes Drama!
Wunderbare Tümpel!
5 Akte! 5 Akte! 5 Akte! 5 Akte!

Da wir selber, wie ursprünglich vorge-
sehen, den Zirkus wieder für ein Zirkus-
Schauspiel zur Verfügung stellen müssen, so
mühen wir den Großfilm „Des Teufels
Abokat“, der für diese Zeit bereits vorge-
sehen war, früher einzuführen. Wir haben
uns entschlossen, diesen Filmwert mit dem
gigantischen Prunkfilm

**Madame
Récamier**
zusammen ab 21. d. M. zur Aufführung zu
bringen, so daß also mit diesem Programm
unsern geehrten Besuchern etwas ganz
Außergewöhnliches geboten wird.
Madame Récamier ist ein Prunkfilm
größten Stils auf historischem Hintergrund
aus der Chronique scandalmuse der Nach-
revolutionärszeit in Paris, ein Film, dessen
Herstellung Millionen gekostet hat und dem
wenige Filme der deutschen Industrie eben-
bürtig sind. Eine geradezu prunkvolle Aus-
stattung umrahmt die von Anfang an äußerst
spannende, interessierende Handlung, in deren
Mittelpunkt der Pariser Liebhaber, der große
Schauspieler Satma, seine Geliebte Madame
Récamier und Napoleon stehen. Eine Sen-
sation für sich ist schon die Rollenbesetzung.
Keine Geringeren als

**Fern Andra
und Bernd Aldor**
verkörpern die Hauptrollen und auch die
übrigen Mitwirkenden sind Schauspieler
von Ruf.
Der zweite Film „Des Teufels Abokat“
wie bereits eingangs erwähnt, ebenfalls
ein Großfilm, der alle Vorgänge in sich ver-
einigt, ist ein pikantes Drama aus dem
Kampfleben. Die Hauptrollen werden durch
Fred Sammler, Edith Keller, Julius Dewald
besetzt.

Mit dieser Spielfolge bieten wir unsern
geehrten Besuchern ein Programm, welches
wir getrost als das beste unserer ganzen
bisherigen Spielfolge bezeichnen können, ein
Programm, welches unerreicht dasteht und
nicht übertroffen werden kann. 173

Zirkus-Lichtspiele.

Städtische Theater.
Donnerstag den 20. Januar
Stadt-Theater.
6. Anrechtabend
Figaros Hochzeit.
Anf. 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Auf die Veränderung der An-
rechtabend (heute 6. Abend)
wird noch besonders hinge-
wiesen.
Wilhelm-Theater.
Die Sache mit Lola.
Anfang 7 1/2 Uhr.

ZL

Zirkus-Lichtspiele.
Nur noch heute
Verlängerung unmöglich!
Der große Erfolg
Die Kwannon
von Okadera
6 Akte nach dem gleich-
namigen Roman.

Intermezzo
Schauspiel in 4 Akten.
Spielzeit 6-10.45 Uhr
Sonntags 8-10.45 Uhr
Beginn der Abendvor-
stellung 8.30 Uhr.
ZL ZL

**Kammer-
Lichtspiele**

Heute letzter Tag

Whitechapel

Eine Kette von Perlen u. Abenteuern in 6 Akten.
Den Londoner Polizei-Akten nach erzählt von
Max Jungk und Julius Urgiß.
Regie: E. A. Dupont.
Anstattung: H. Richter, Berlin.
Photographie: Karl Hasseimann, Berlin.

Leo Peukert
in
**Professor Rehbein und
der Meisterringer**
Das gute Lustspiel in 3 Akten.
Beginn werktags 6 Uhr, Sonntags 3 1/2 Uhr
der Abend-Vorstellung 8 1/2 Uhr
109 Ende gegen 11 Uhr.

Neuer Schwan
Leipziger Gesellsch.
Am Sonnabend den 22. Januar
Elite-Maschinenball
(Meduze).
Gesell. Offnung 8 Uhr. Der Str.

Raucht Bonitas!

**Lichtschauspielhaus
Panorama**

Heute letzter Tag
Gescheitert
Drama in 6 Akten.
Regie: R. H. Walther
Das grüne Plakat
Sensations-Detektivfilm in 5 Akten.
Anfang der Vorstellungen:
Wochentags 6 Uhr, Sonntags 3 1/2 Uhr,
109 Ende gegen 11 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. Januar 1921.

Gerüstet zum Wahlkampf!

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft muß von neuem in den Kampf ziehen, um ihre Stellung im Staatsleben zu verteidigen, um ihren notwendigen Einfluß zu vergrößern. Zum Preussischen Landtag, zum Provinziallandtag und zu den Kreisräten wird am 20. Februar gewählt. Es handelt sich um die große Frage, ob in Preußen die Arbeiterschaft teilzunehmen in der Lage ist an der Verwaltung des Gemeinwesens, oder ob Großgrundbesitzer, Großindustrielle, offene und verkappte Monarchisten über das ausgebeutete Volk die Macht schwingen. Die Magdeburger Parteigenossenschaft ist sich der Bedeutung der kommenden Wahlen bewußt, das zeigen die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern und vorgestern stattfanden. Starker Besuch, rege Anteilnahme an den politischen Fragen, das kann von den Versammlungen berichtet werden.

In den Versammlungen wurde unsere Kandidatenliste bekanntgegeben. Die Liste für die Landtagswahl ist bekannt. Für die Wahl zum Provinziallandtag wurde in allen Versammlungen folgende Liste vorgeschlagen und einstimmig angenommen: Hermann Weim, Otto Wacker, Otto Winger, Louis Kühn, Otto Kühn, Willi Plumbach, Eduard Polz, August Flügge, Willi Grube, Otto Freusel.

Über den Verlauf der Versammlungen erhalten wir diese Berichte:

Bezirk Nord referierte Genosse Voigt. Er forderte die Parteimitglieder auf, rege bei der Parteiarbeit tätig zu sein, um den noch fernstehenden Wählern Freude und Ziele der Sozialdemokratie vertraut zu machen und sie für die Partei zu gewinnen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen. Die Kandidatenliste für die bevorstehende Provinziallandtagswahl wurde ohne Debatte einstimmig gutgeheißen. Unter Parteiangelegenheiten wurde Klage über den Magistrat geführt, weil er den städtischen Arbeitern einige Verbesserungen von früher jetzt freitragt. Der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion soll darüber Mitteilung gemacht werden, damit sie Abhilfe schafft. Der Bezirksleiter gibt einzelne Daten über die stattfindenden Wählerversammlungen bekannt. Genosse Föhrer bittet die Genossen, die aus der Landeskirche ausgeschieden sind, der Freireligiösen Gemeinde beizutreten. Nachdem die Verlesung der Wahlbestimmungen des Magistrats betr. die Veröffentlichung der Wahlbestimmungen u. s. w. geklärt hatte, will man den Magistrat ersuchen, diese außerst wichtige Bekanntmachung in sämtlichen hiesigen Tageszeitungen veröffentlichen zu lassen. Danach erfolgte Schluß dieser interessanten Versammlung.

Bezirk Wilhelmstadt. Am Dienstag den 18. Januar fand eine Mitgliederversammlung statt. Genosse Hochhammer sprach über die kommenden Landtagswahlen. In großen Zügen besprach der Redner die Tätigkeit unter Fraktion im Landtag, schilderte, wie durch diese Tätigkeit so manches Gute geschaffen worden ist, wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt worden seien. Wir müssen alles daranlegen, unseren Einfluß im Landtag zu vergrößern. Eine rege Diskussion schloß sich dem Vortrag an. Die Liste der Kandidaten zum Provinziallandtag wurde gutgeheißen. Nachdem der Vorsitzende auf die in den kommenden Wochen stattfindenden Versammlungen aufmerksam gemacht hatte, schloß er die interessante Versammlung.

Bezirk Sudenburg. Genosse Otto Winger hielt einen lehrreichen Vortrag über die geleistete Arbeit des verflochtenen Landtags und über die Wahlen am 20. Februar. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der kommende Wahltag ein Siegestag für unsere gerechte Sache werden möge. Es steht sehr viel auf dem Spiele; Errungenes gilt es zu verteidigen und Neues zu erkämpfen. Vor allen Dingen gilt es die Launen und Gleichgültigen aufzuklären. Auf keinen Fall darf es so sein, wie bei den Wahlen in Sachsen, wo große Arbeitermassen, angewidert durch das Treiben der links von uns stehenden Kreise, einfach nicht zur Wahl gegangen sind. Genosse Föhrer nimmt in der Diskussion das Wort und zollt unsern jetzigen Genossen im preussischen Wahlkreis volle Anerkennung. Weiter wendet er sich im Interesse der städtischen Arbeiter gegen die Ansicht des Magistrats, den städtischen Arbeitern nach 25jähriger Tätigkeit im städtischen Dienste die bisher gezahlten 100 Mark nicht mehr zu zahlen. Zu der Angelegenheit sprechen noch die Genossen Schöke, Mülliger, Folke und Bormann, die zum Teil der Meinung Ausdruck geben, daß ein Sozialdemokrat und Gewerkschaftler ganz auf derartige Unabgeschätzte verzichten. Unsere Aufgabe kann es nur sein, für ausreichende Entlohnung zu kämpfen, dann haben wir es nicht nötig, uns für derartige Unabgeschätzte ins Zeug zu legen, mit denen gilt es das Unternehmertum nur eine untergeordnete und dubiose Nebenbeschäftigung zu betrachten. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung gibt Genosse Föhrer die Kandidatenliste zum Provinziallandtag bekannt, die die Zustimmung der Versammlung findet. Genosse Bauermeister berichtet über die Mitgliederbewegung im verflochtenen Quartier. Wir schließen ab mit einem Bestand von 1200 männlichen und 888 weiblichen Mitgliedern, zusammen 2087. Wenn die Neuanmeldungen weiter in dem Maße erfolgen wie in den letzten Wochen, dann hofft Redner, sehr bald den früheren Mitgliederbestand zu erreichen, wo die Arbeiterschaft noch nicht gespalten war. Unter Verschiedenes gibt Genosse Föhrer ein Schreiben vom Arbeiter-Stenographenverband bekannt. Dagegen fordert er auf zum Beitritt zu den Arbeiter-Sportvereinen. Genosse Schöke als Vorsitzender vom Arbeiter-Sportklub unterstreicht das letztere noch mal und bittet, daß sich auch die Sänger den bestehenden Arbeitergesangsvereinen anschließen mögen. Genosse Föhrer als Vorsitzender des Mietervereins, Ortsgruppe Domsdorf, macht Ausführungen über Mieterbeschwerden und ersucht um Gründung einer Ortsgruppe in Sudenburg.

Alte Neustadt. Unsere Bezirksversammlung in der „Krone“ war sehr stark besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten unsern verstorbenen Genossen Karl Legien. Genosse Weim hielt hierauf einen Vortrag über „Der 20. Februar“. Er beschäftigte sich zunächst mit der Reichsgründung. Die Monarchie hat es meisterhaft verstanden, nach 48 Jahren Deutschland an den Abgrund und ins Elend zu bringen. Ihre Ansicht, den Weltmarkt mit dem preussischen Säbel dirigieren zu können, hat vollkommen Schiffsbruch gelitten. Die kaiserliche Regierung während des Krieges war die unfähigste, die es je gegeben hat. Milliarden wurden den Fabriken und Agrariern unbenutzt an den Hals geworfen und ein Schieberium großgezogen, unter dem wir heute noch zu leiden haben. Auch seit der Regierung der jetzigen „Schamminister“ ist die Weltentwicklung hart fortgeschritten. Trotzdem wollen die bürgerlichen Parteien die alten Zustände wieder herbeiführen. Der Kampf um die Republik ist noch nicht zu Ende. Der 20. Februar wird dabei ein Hauptkampftag werden. Den Kampf gegen links führen wir nur so weit, als er sich für die Abwehr halberrückter Leute notwendig macht, sonst haben wir uns ausschließlich gegen die bürgerliche Reaktion zu wenden. Ein Sieg der Reaktion in Preußen ist zugleich ein Sieg in Deutschland. Wir haben deshalb alle Kräfte anzuspannen und wollen noch mehr als früher mit aller Verknüpfung in den Wahlkampf ziehen. Gleicher Beifall folgte seinem Vor-

trag. Hierauf wurden die Liste der Kandidaten für den Preussischen Landtag und den Provinziallandtag einstimmig genehmigt. Genosse Dahm gab dann noch die bevorstehenden Wählerversammlungen bekannt und ersuchte um regen Besuch. Ferner wies er auf die Auslegung der Wählerlisten hin. Pflicht eines jeden Wählers ist es, die Listen einzusehen. Zum Schluß brachte Genosse Föhrer noch einige Beschwerden und Wünsche der städtischen Arbeiter vor. Genosse Weim schloß auf die Angelegenheiten ein, betonte aber zum Schluß, daß diese Dinge nicht in die Parteiversammlungen, sondern in die Gewerkschaftsversammlungen oder in die Sitzungen des Gewerkschaftsrats gehören.

Neue Neustadt. Vor sehr stark besuchter Versammlung sprach Genosse Kühn über die Bedeutung des 20. Februar 1921. Die Kandidatenliste für die Provinziallandtagswahlen wurde genehmigt. Der Vorsitzende gab die vom Vorstand für den Wahlkampf in Aussicht genommene Verlesung bekannt und forderte die Versammlung auf alles daranzusetzen, um am 20. Februar als Sieger aus dem Wahlkampf hervorzugehen. Unter Vereinsangelegenheiten kam die Nachbaderfrage zur Sprache. Hierbei wurde die Zusammenlegung des Nachbaderamts kritisiert. Da hier nur Landwirte als Vertreter und als Wähler vertreten sind, vor allem muß der Bodenwucher bekämpft werden. Genosse Vernick behandelte die Frage von Standpunkt der Partei. Die Ausführungen wurden von der Versammlung als richtig anerkannt. Mit der Aufforderung, die kommenden Wochen zur Agitation für Partei und Presse zu nutzen wurde die interessante Versammlung geschlossen.

Frau Minna Bollmann

spricht am

Freitag den 21. Januar er.,

abends 7 1/2 Uhr

im „Wilhelmspark“.

Bezirk Cracau-Presten. Die Versammlung war gut besucht. Einleitend gab Genosse Demuth den von der letzten Versammlung beschlossenen Antrag, den Magistrat auf verschiedene Wünsche im hiesigen Stadteil aufmerksam zu machen, sowie das Antwortschreiben des Magistrats bekannt. Ferner weist er auf die bevorstehenden Wahlen hin. Die vom Magdeburger Vorstand vorgeschlagene Kandidatenliste zum Provinziallandtag findet die Zustimmung der Versammlung. Hierauf referiert Genosse Stadtverordneter Becker das Wort zu seinem Vortrag: Der 20. Februar. In recht verständlicher Weise vertritt er der Redner, die Bedeutung dieses Tages zu schildern. Durch den Stimmgabel hat das Volk an diesem Tage über sein Schicksal zu entscheiden. Was die sogenannte „Aufbauarbeit“ betrifft, das haben wir nun zur Genüge erfahren, nämlich die mühseligen Bemühungen wieder in die Zeit der völligen Entzweiung und Ausbeutung zu bringen. Es handelt sich diesmal um einen Großwahntag. Parteigenossen, rätelt die Schmittgen auf. Es ist nicht so kommen wie in Ungarn u. s. w., so ist eine kurze sozialdemokratische Bewegung im Landtag nötig. Arbeiter, Angehörige, Beamte, seid einig, erkennt einlich, wer eure Interessen vertritt. Geben wir denen unsere Stimme, die auch wirklich positive Arbeit geleistet haben. Die alte Sozialdemokratische Partei kann dieses von sich sagen. Wählt deshalb die sozialdemokratische Liste. Mit dem Wunsche, daß am 20. Februar die Partei des Sozialismus zum Siege kommt, schloß der Redner seine mit ungeteiltem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Die Redezeit wurde dahin erledigt, daß die Einwohner von Cracau, welche Kartoffel- und Kleeertrag verlieren zu denken wünschen, sich in eine dem Genossen Vitor, Babelsbergstraße 20, (für Becker beim Genossen Klump) ausliegende Liste bis zum 25. d. M. eintragen können, 800 Mark kommen nicht in Frage. Mit einem Hinweis auf die vom 19. d. M. im Tavishaus stattfindende Winternäherung schloß der Vorsitzende die angeregte verlaufene Versammlung.

Täuschungsversuch der Magdeburgischen Zeitung.

Unter dieser Überschrift haben wir vor einigen Tagen das eigenartige Verfahren des verantwortlichen Redakteurs der „Magdeburgischen Zeitung“ beleuchtet. Der Herr war bereit gewesen, unter der Voraussetzung, daß Ministerpräsident Braun die gegen ihn erhobene Anklage zurücknimmt, in einem Artikel seines Blattes Herrn Braun vollkommen zu entlasten, aber gegen den Staatssekretär Dr. Ramm noch weitere Angriffe zu bringen. Dieses Angebot war von der Drohung begleitet, daß der Redakteur, wenn Ministerpräsident Braun nicht darauf einginge, den Wahrheitsbeweis für seine ursprünglichen Behauptungen auch gegen Braun antreten wolle. Der Ministerpräsident Braun habe unter solchen Umständen den Klageantrag selbstverständlich nicht zurückgezogen.

Die „Magdeburgische Zeitung“ vom 16. d. M. hat unsere Darstellung als „ein eigenartiges Gemisch von Wahrheit und Dichtung“ bezeichnet, ersichtlich darauf berechnet, die Öffentlichkeit zu täuschen und irreführen“. Dr. Angeklagte sei nicht aus eigenem Entschluß an Herrn Braun herangeraten, vielmehr sei eine mit der Angelegenheit bereits dienstlich befaßte Amtsstelle an den Rechtsbeistand des Angeklagten mit dem Vorschlag herangetreten, die unerquidliche Sache auf irgendeine Art, vor allem durch Verzicht auf Wahrheitsbeweis h. m. durch eine Herrn Braun entlastende öffentliche Erklärung aus der Welt zu schaffen. Wir müssen auf unser Darlegung des Falles bestehen und führen zum Beweis für ihre Richtigkeit die Aufschrift des Oberstaatsanwalts Magdeburg vom 23. Dezember v. J. an, die folgendermaßen beginnt:

Der Angeklagte hat gebeten, den Herrn Präsidenten des Staatsministeriums den beigelegten Entwurf zu einem in der „Magdeburgischen Zeitung“ zu veröffentlichenden Aufsatz zu unterbreiten. Er meint, im Falle seiner Verurteilung sei nur negativ festgestellt, daß er den Beweis der Wahrheit für seine Behauptungen nicht erbringen könne. In dem anliegenden Aufsatz dagegen habe er positiv ausgesprochen, daß er seine früheren Behauptungen über Beteiligung des Herrn Landwirtschaftsministers Braun an der Bestechungsangelegenheit fallen lasse.

Die Darstellung der „Magdeburgischen Zeitung“ ist, wie man sieht, nicht mehr „ein Gemisch von Wahrheit und Dichtung“, sondern nur „Dichtung“, darauf berechnet, die Öffentlichkeit zu täuschen und irreführen“.

— Eine Versammlung, die die Frauen interessiert. Am Freitag abend 7 1/2 Uhr (spricht Genossin Vollmann (Halberstadt) im „Wilhelmspark“, Cotharing, in öffentlicher Wählerversammlung in der Sozialdemokratischen Partei. Sie steht bekanntlich an der Spitze der Kandidaten der Partei zur Landtagswahl, und die große Zahl von Parteigenossinnen in unserem Bezirk gibt ihr ein Anrecht darauf. Aber nicht nur dieses ist ein Grund für die bevorzugte Stellung auf der Liste. Genossin Vollmann, aus dem Volke hervorgegangen und in enger Verbindung mit ihm geblieben, hat in jahrzehntelanger Tätigkeit für das Wohl der arbeitenden Klasse und insbesondere ihrer Klassengenossinnen ihr Bestes getan. Als Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, der sie bis zum Schluß angehörte, gewann sie einen tiefen Einblick in die so dringend nötigen geistigen Aufgaben, bei deren Lösung sie tatkräftig mithilft. Im neuen Preussischen Landtag wird sie ein weites Feld für ihre Fähigkeiten finden. Sicher wird die Magdeburger Frauenwelt am Freitag gern Veranlassung nehmen, sie persönlich zu hören und kennenzulernen.

— Vom 18. Januar! In den Büros der hiesigen Postdirektion wurde in Anbetracht des „Feiertags“, da wir uns das leisten können, auf höhere Anordnung um 1 Uhr Arbeitsschluß gemacht. Die zeitlich demissionarischen Herren sollen so wohl Gelegenheit bekommen, an dem öffentlichen Mummel teilzunehmen. — Unversorgte stellte sich die Sache bei einem hiesigen großen Betrieb. Vor dem Gebäude wehte eine große schwarz-weiße Fahne. Das sahen die um 7 Uhr zur Arbeit tretenden Arbeiter und Angestellten als Provokation auf. Die Arbeit konnte erst aufgenommen werden, als auf Verlangen des Arbeiter- bzw. Betriebsrats die Fahne eingezogen worden war. Und das war in 5 Minuten erledigt.

— Gas- und Elektrizitätspreise. Zur Befriedigung vielfacher Zweifel in der Bürgerschaft macht der Magistrat darauf aufmerksam, daß die am 4. Januar d. J. bekanntgegebenen neuen Preise zum erstenmal für den Verbrauch gelten, welcher bei der Abrechnung vom 3. Dezember 1920 ab festgestellt ist. Es kommen zur Berechnung für Gas je Kubikmeter 1,23 M., für Lichtstrom für die Stromleistung bis 500 Kilowattstunden 2,75 M., für den Mehrverbrauch innerhalb eines Geschäftsjahres: über 500 bis 1000 Kilowattstunden 2,50 M., über 1000 bis 5000 Kilowattstunden 2,30 M., über 5000 bis 10000 Kilowattstunden 2,25 M., über 10000 Kilowattstunden 2,20 M.; für Kraftstrom 1,50 M. bis 2000 Kilowattstunden, für den Mehrverbrauch innerhalb eines Geschäftsjahres: über 2000 bis 4000 Kilowattstunden 1,25 M., über 4000 bis 10000 Kilowattstunden 1 M., über 10000 Kilowattstunden 0,90 M. Die übrigen Preise bleiben unverändert.

— Für Diebstahl Buchhans. In der Nacht zum 19. Februar 1919 sollen die Arbeiter Karl Goedecke, Willi Schilling und der Schmied Otto Schäfer in einer benachbarten Domäne eingedrungen sein und ein Hund und zwei Schweine abgeschlachtet haben. Beim Abkühlen eines dritten Schweines wurden sie gefasst und ergriffen die Flucht. Sie hatten sich aus dem Landgericht zu verantworten. Goedecke will sich an nichts mehr erinnern. Schilling bekennt die Teilnahme und Schäfer hat nur mitgeteilt, weil man ihm erzählt habe, es handle sich um einen Wildtransport. Als er gemerkt hat, was eigentlich geplant war, sei er davonlaufen. Das Verdict verurteilt Goedecke zu zwei Jahren sechs Monaten, Schilling zu zwei Jahren neun Monaten und Schäfer zu zwei Jahren Buchhans.

× Gestohlen wurden aus einem Café am Breiten Weg ein grauer Paletot, in dessen Taschen sich braune Lederhandschuhe und eine Meerchaum-Bigarrenspitze befand; aus einer Schankwirtschaft in der Viktoriastraße ein selbstgekaufter Leberzieher mit Brusttasche und mehreren Stieppnächten; aus einer Verkaufsstelle in der Lühnowstraße größere Mengen Lebensmittel, als: Speck, Sülzwurst, Käse, Schmalz, Butter, Schokolade sowie Zigarren und Zigaretten verschiedener Marken; aus einem Wädeladen in der Grünarmstraße 20 Brotmarken; aus einem Stall in der Hefelstraße zwei 1-Zentner schwere Schweine; in der Windmühlstraße Kaninchen und Hühner verschiedener Art; ein Fahrrad „Excelsior“ mit gelben Felgen.

× 3000 Mark Belohnung. Personenauto, offen, silber, dunkelgrün, Erkennungszeichen I Z 8046, Motornummer 18888, schwarze Polsterung, ist am 18. d. M. in Essen gestohlen. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 62.

× Runderdiebstahl. 16 Zentner Rohzucker, die gegen Weichnachten vorigen Jahres auf dem Bahnhof Niederndodeleben von einem Eisenbahnarbeiter unter Mithilfe mehrerer dortiger Arbeiter aus verriegelten Eisenbahnwagen gestohlen worden waren, sollte in den letzten Tagen hier zum größten Teile zum Verkauf kommen, wurde aber vorher gefunden und beschlagnahmt. Ein Teil davon war bereits am Tatort verkauft.

× Wem gehört der Hund? Ein etwa 5 Monate alter deutscher Schäferhund wurde, weil er sich in verächtlichem Weisig befand, beschlagnahmt und befindet sich in Pflege des Tierchutzvereins. Wer hierfür als Bestohler in Frage kommen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 65, zu melden.

× Festgenommen wurden die polnischen Arbeiter Johann B. und Stanislaus D., die am 15. Januar in der Blauenstraße mit einigem Menge Zucker betroffen wurden, der zweifellos gestohlen ist; der wohnungslose Badergeselle Hermann B. und wegen Betrugs und Urkundenfälschung von Bremen und Stendal aus gejagt wurde; der Arbeiter Otto K., Kl. Klosterstraße 8, der am 17. d. M. bei einem Fahrrad Diebstahl in einem Hausflur am Breiten Weg erwischt wurde.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Jungsozialisten. Die Zusammenkunft am Freitag fällt aus. Wir beteiligen uns an der Versammlung im „Wilhelmspark“, Cotharing, in der die Genossin Vollmann spricht.

Wahlgenossinnen der „Gleichheit“. Die Genossinnen werden zur Rücksprache in das Bureau Große Mühlstraße 3, 2. Et., im Laufe dieser Woche vormittags gebeten. Ortsausflug für Arbeiterwohlfahrt.

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.
Zugendsekretariat. Das Sekretariat ist nur bis 5 Uhr abends geöffnet.
Generalversammlung am Mittwoch den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr. Im Saal von Holz, Richterstraße. Tagesordnung: Bericht über die Reichsausgleichsfrage und Vortrag „Was erwartet das neue Jahr von uns?“ (Red. Genosse Voigt). — Anträge. — Verschiedenes.
Bezirksgruppe Alte Neustadt Nord: Am Donnerstag abend 8 Uhr Vortrag.
Bezirksgruppe Alte Neustadt: Am Donnerstag abend 7 1/2 Uhr in der Schule Dittenbergstraße Leseband.
Bezirksgruppe Neue Neustadt: Am Donnerstag abend 7 1/2 Uhr in der Schule Amalienstraße 76 Vortrag des Genossen Müller. — Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß unsere Veranstaltungen fest regelmäßig Donnerstags stattfinden.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtische Theater. Sta: theater, Donnerstag „Figaros Hochzeit“, Freitag „Fidelio“, Sonn: und „Stiefel“, Sonntag nachmittag „Das Erdbeben“, abend „Carmen“.

Wilhelm-Theater. Donnerstag „Die Sache mit Lota“, Freitag Vorstellung für die Gewerkschaft der Angehörigen „Lieslort von der Pfalz“, Sonnabend „Die Sache mit Lota“, Sonntag „Der siebente Tag“.

Stadtheater. Als vollständige Vorstellung zu ermäßigten Preisen gelangt, wie bereits mitgeteilt, am Sonntag nachmittag 3 Uhr der reizende Schwan „Das Erdbeben“ von Hans Sturm, der bei seinen früheren Wiederholungen stets ungeteilten Beifall fand, zur Aufführung.

St.-Mikolai-Gemeinde Magdeburg-Neustadt. Donnerstag den 21. Januar, abends 8 Uhr, Gedenkstunde im Gemeindeaal, Brüberstraße 14. Besprechung über „Kirchenwahl und Kirchenaustritt“.

Provinz und Umgegend.

Wahlleiter und Wahlbureau.

Zum Kreiswahlleiter für den den Regierungsbezirk Magdeburg umfassenden 10. Wahlkreis hat der Regierungspräsident den Oberregierungsrat Kleefeld und zu seinem Stellvertreter den Regierungsrat Dr. Kreisemann, beide in Magdeburg, ernannt. Die Geschäftsräume des Kreiswahlleiters befinden sich in der Regierung Magdeburg, Domplatz 8, Zimmer 28. Fernruf des Wahlbureaus 1417, 1484, 2530.

Die Wahlen zur Landwirtschaftskammer.

Der Termin für die Landwirtschaftskammerwahlen ist nunmehr endgültig auf den 27. Februar angesetzt. Das Wahlgesetz, nach dem die Neuwahlen statzufinden haben, ist bekanntlich auf Grund eines demokratischen und sozialdemokratischen Antrags verfaßt und in schwierigen parlamentarischen Verhandlungen von den Demokraten und den Sozialisten gegen den übrigen Teil des Hauses durchgebrochen worden. Man erwartet von dem neuen Wahlgesetz, daß die Vorherrschaft der Junker in den Landwirtschaftskammern endlich gebrochen wird.

Parteinachrichten.

Oesdorf. Sozialdemokratischer Verein. Heute Mittwoch abend 8 Uhr Mitgliederversammlung bei D. Pisch. [389]

Arbeiter-Jugendvereine.

Groß-Ottersleben. Heute Mittwoch abend 7 1/2 Uhr Funktionärsversammlung, um 8 Uhr Vortrag. Eltern und Freunde willkommen. [278]

Kreis Wanzleben.

Saaleborn, 19. Januar. (Sozialdemokratischer Verein.) In der gut besuchten Mitglieder-Versammlung gedachte der Vorsitzende H. Reinhardt in ehrenvollen Worten des verstorbenen Genossen Legien. Dann erstattete Genosse August Krieg eingehend Bericht vom Unterbezirksrat in Wanzleben, und man konnte aus seinem Vortrag ersehen, daß in unserer Partei der starke Wille vorhanden ist, alles für das wertvolle Volk herauszuholen, was nur möglich ist. Dann berichtete Genosse Wucholz darüber, wie weit die Tätigkeit der Ackerkommission gediehen ist. Die Aussprache war reg. Am Schluß der Versammlung wies der Vorsitzende eingehend auf die Bedeutung der Landtagswahl hin und spornete alle Genossen zur thätigen Wahlarbeit und zur Verbreitung der „Volkstimme“ an, damit es nicht mehr vorkommt, daß Parteigenossen nicht einmal Leser ihres Parteiblattes sind. Am Sonntag den 23. Januar spricht Landtagsabgeordneter Genosse Koch (Magdeburg). Agitiert eifrig zu dieser Versammlung. Parteigenossen, seht die Wählerlisten ein, denn jede Stimme ist kostbar.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Obernstedt, 19. Januar. (Eine Erinnerungsfeier.) Am Sonntagabend den 22. Januar, abends 7 Uhr, hält der Sozialdemokratische Verein anlässlich seines 20jährigen Bestehens im Grottenhof eine Festversammlung ab. Die Arbeiterjugend von Magdeburg wird die Veranstaltung durch Aufführungen unterstützen und Genosse Ritsch wird über die Entstehung der Partei einen Vortrag halten.

Hillerleben, 19. Januar. (Der Sozialdemokratische Verein) hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Genosse Ritsch gab den Rapport über die Tätigkeit der Mitglieder. Es schien nicht der Mühe wert, zu kommen. Wie es scheint, wissen viele Arbeiter immer noch nicht, um was es geht, somit müßte die Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins schon viel stärker sein. Es wird Zeit, daß sich die Arbeiter besinnen und sich gegen die Reaktion fest zusammenschließen. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt, als Revisoren die Genossen Otto Strauß und Fritz Wuffe. Dann gab Amts- und Gemeindevorsteher Genosse Lohsen einen Bericht von der Konferenz in Neuhaldensleben, sprach über die bevorstehenden Wahlen und streifte auch gleich die örtlichen Verhältnisse mit. Bei den Kirchenwahlen, die am Sonntag den 23. Januar sind, von vormittags 9 1/2 bis 12 Uhr in der 1. Schulklasse, muß jeder Wähler sein Wahlrecht ausüben, keiner darf fehlen. Mit der Aufforderung, eifrig für die Partei und Presse zu werben, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Neuhaldensleben, 19. Januar. (Mastkette Demokraten.) Wie die Demokraten mit der Sinnspartei in der Reichsregierung durch die dünn gehen, so auch bei der Reichsgründungsfeier. Man hatte sich Fräulein Behrens (Magdeburg) kommen lassen, die ihre Rede ausklingen ließ in dem Gelübde, treu und festzuhalten zum geliebten Vaterland. Als Befruchtung wurde „Deutschland über alles“ gesungen. Es sollen Reichsfunktionen erst demokratischer Geistes gewesen sein. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der es zum Schluß heißt, die Partei werde mit daran arbeiten, an einer von demokratischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit getragenen Volksgemeinschaft. Nur auf dieser Grundlage ist die Erhaltung nationaler Errungenschaften und die Wiederaufrichtung gebrochener Macht möglich. Wie die soziale Gerechtigkeit der Demokratie ausfließt, hat das wertvolle Volk gesehen bei der Beratung des Grundgesetzes, wie sich überhaupt in der ganzen Politik der Reichsregierung die Demokraten oft genug als Gefolgsleute der Reaktion erwiesen haben. Der Reichsminister Koch, der Verherrlicher der Orgel, hat ja erst kürzlich durch seinen Eingriff in Bremen bewiesen, was die Demokraten unter Demokratie verstehen. Diese Partei steht unter dem unheilvollen Einfluß des Herrn Schiffer, welcher sich zwar ein demokratisches Deckmäntelchen umgehängt hat, aber in seinem Innern der alte Nationalliberale geblieben ist. Die sozialdemokratische Arbeiterkraft versteht unter Demokratie etwas

andres, und das ist, daß der Geldsack scharf herangezogen wird zur Steuer, um mitzutragen an den Folgen des Krieges. Das aber haben die Demokraten verhindert. Dafür aber haben sie den Hohenzollern für ihren Beitrag am Volke noch die Willkür mitbewilligt. Das mögen die demokratischen Angestellten und Beamten am 20. Februar bedenken.

Wähler-Versammlungen!

Kreis Wolmirstedt.

Die Sozialdemokratische Partei veranstaltet an folgenden Orten öffentliche Wählerversammlungen:

Sonntag den 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Neu. Referent: Genosse Mehlhorn (Magdeburg).
Köppel. Referent: Registrator Duldhardt.

Sonntag den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Gamswegen. Referent: Landrat Böttger.
Rötsche. Referent: Angestellter Engel.
Köppel. Referent: Genosse Tramp (Magdeburg).
Rehner. Referent: Genosse Mehlhorn.
Mammendorf. Referent: Parteisekretär Ludwig.

Sonntag den 23. Januar, abends 7 Uhr:
Niederndorf. Referent: Landrat Böttger.
Rötsche. Referent: Angestellter Engel.
Vertingen. Referent: Genosse Mehlhorn.

Dienstag den 25. Januar, abends 7 Uhr:
Wolmirstedt. Referent: Genosse Mehlhorn (Magdeburg).
Heinrichshagen. Referent: Parteisekretär Ludwig.
Mahlwinkel. Referent: Genosse Tramp.
Angern. Referent: Amtsvorsteher Rothnagel.
Mönch. Referent: Landrat Böttger.
Niederdorf. Referent: Kreisratskandidat Grimm.

Mittwoch den 26. Januar, abends 7 Uhr:
Niederndorf. Referent: Genosse Mehlhorn.
Wellen. Referent: Genosse Tramp.
Dahmerleben. Referent: Gewerkschaftsbeamter Claus.
Götterleben. Referent: Kreisratskandidat Grimm.
Groß-Neuhaldensleben. Referent: Landtagsabgeordneter Ritsch.
Dreisleben. Referent: Parteisekretär Ludwig.
Drafsleben. Referent: Genosse Mehlhorn.

Kreis Neuhaldensleben.

Öffentliche Wählerversammlungen finden an folgenden Orten statt:

Freitag den 21. Januar:

Hillerleben. Referent: Parteisekretär Bernid.

Sonntag den 22. Januar:

Gumburg. Referent: Bürgermeister Müller (Neuhaldensleben).

Sonntag den 23. Januar, vormittags 10 Uhr:

Barneberg. Referent: Parteisekretär Bernid.

Sonntag den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr:

Hötensleben. Referent: Parteisekretär Bernid.
Jventarpe. Referent: Genosse Reddigan.
Sommerleben. Referent: Gewerkschaftsbeamter Klaus (Barneberg).

Sonntag den 23. Januar, nachmittags 5 1/2 Uhr:

Harde. Referent: Oberbürgermeister Wims (Magdeburg).

Sonntag den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr:

Weddingen. Referent: Genosse Mehlhorn (Magdeburg).
Wefensleben. Referent: Oberbürgermeister Weim.
Dörflingen. Referent: Genosse Reddigan.

Dienstag den 25. Januar:

Groß-Mottmersleben. Referent: Genosse Reddigan.
Schwanefeld. Referent: Parteisekretär Bernid.
Althaldensleben. Referent: Arbeitersekretär Koch (Magdeburg).

Mittwoch den 26. Januar:

Bornstedt. Referent: Genosse Reddigan.

Donnerstag den 27. Januar:

Niederdorf. Referent: Genosse Reddigan.

Thema in allen Versammlungen:

Sozialdemokratie und Landtagswahl.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Wernitz, 19. Januar. (Der Sozialdemokratische Verein) hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Trotz ausgiebiger Bekannmachung war sie leider nicht gut besucht. Es wird nun Zeit, daß sich die Arbeiter besinnen und sich in der Sozialdemokratischen Partei fest gegen die Reaktion zusammenschließen. Jeder Leser der „Volkstimme“ muß Mitglied der Partei sein. Der Vorstand wurde neu gewählt. Vorsitzender wurde Genosse Bunjas, Kassierer bleibt Genosse Artur Fötke, und Schriftführer Genosse Alwin Buhro. Sämtliche Funktionsstellen wurden neu besetzt. Im Anschluß daran

wurden Vorbereitungen für die Wahlen getroffen. In der Ausschreibung wurde auch auf die Kirchenwahlen hingewiesen. Am Sonntag den 23. Januar liegt die Wählerliste von 8 bis 5 Uhr nachmittags beim Gastwirt Benige aus. Keiner veräume es, Einsicht in diese Liste zu nehmen. Wer verhindert ist, melde sich bei den Genossen Bunjas oder Luberzagt. Mit anfeuernden Worten, weiter für Partei und Presse zu werben und alle Bestanten auf die Bedeutung der Wahlen am 20. Februar hinzuweisen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Genßin, 19. Januar. (M a u b m o r d.) Begelegeter machen noch immer unsere Gegend unsicher. Einem solchen Räuber ist jetzt wieder ein Menschenleben zum Opfer gefallen. Der Gastwirt Schulte aus Aschersleben und sein Sohn fuhr mit ihren Kägern nach Erledigung von Geschäften in Genßin auf der Chaussee nach ihrem Wohnort zurück. In der Abzweigung stellte der Chaussee nach dem Dorfe sprang ihnen ein Mann entgegen, hielt ihnen eine lange Armeepistole entgegen und verlangte die Herausgabe des Geldes. Von den Ueberfallenen sprang der Vater vom Sattel, während der Sohn versuchte, weiterzufahren. Da traf ihn ein Schuß des Räubers und streckte ihn tot nieder. Nachdem der Begelegeter dann die Karfstadt des alten Mannes an sich genommen hatte, verschwand er.

Kreis Quedlinburg-Achersleben.

Achersleben, 19. Januar. (Die Kriegsfamilienunterstützung.) Die bislang ausgezahlt worden ist, stellt eine ganz gewaltige Summe dar. Allein die Aufwendungen, die entsprechend gesetzlichen Vorschriften zu Lasten des Staates gehen, betragen bis zum 31. März 1920 rund vier Millionen Mark. Dazu kommen die Zuschüsse der Gemeinde, die mindestens ebenso hoch sind. Man kann daher die Gesamtausgaben allein für Kriegsfamilienunterstützung auf mindestens 8 Millionen Mark schätzen. Im einzelnen wurden ausgezahlt an staatlichen Mindestsätzen 828 161 Mark, worauf 2 123 800 Mark erstattet wurden, so daß noch 1 184 861 Mark ausstehen. An staatlich angewiesenen Erhöhungen wurden ausgezahlt 689 412 Mark, worauf 428 166 Mark erstattet wurden. Es stehen hier somit noch 261 247 Mark aus. Demzufolge hat die Stadt noch um 1 1/2 Millionen Mark vom Staate zu erhalten. Wenn einmal das Geld eintreffen wird, ist noch sehr unbestimmt.

Achersleben, 19. Januar. (Die städtische Kartoffelversorgung.) Die städtische Kartoffelversorgung ist nach dem Abschluß eines Vertrages von 500 084 Mark auf. Davon entfallen allein 476 054 Mark auf das Wirtschaftsjahr 1919/20. Die durch die Provinzial-Kartoffelstelle gelieferten Kartoffelmengen reichen zur Ernährung der Bevölkerung nicht aus. Man war daher gezwungen, Kartoffeln zu kaufen und diese als Speisekartoffeln abzugeben. Natürlich mußten für diese Kartoffeln höhere Preise angelegt werden, während der festgesetzte Höchstpreis beim Verkauf nicht überschritten werden durfte. Beispielsweise waren für das Wirtschaftsjahr 1919/20 der Stadt 42 000 Zentner Kartoffeln zugeteilt worden. In Wirklichkeit wurden aber nur 9000 Zentner geliefert. Außerdem erhielt die Stadt 5000 Zentner Auslandskartoffeln. Da trotz aller Bemühungen weitere Zuteilungen nicht erfolgten, wurden insgesamt 24 000 Zentner Speisekartoffeln beschafft, für die bis zu 42 Mark je Zentner angelegt werden mußten. Sie durften und konnten aber nur zu 25 Mark je Zentner abgegeben werden. Hieraus erklärt sich der hohe Aufschlag, den die Kartoffelstelle erfordert. Der Betrag soll aus Anleihemitteln genommen werden.

Kreis Kalbe.

Kalbe, 19. Januar. (Erfolgreiche Parteiarbeit.) Die Hausagitation hat uns bis jetzt 42 neue Parteimitglieder und einige Leser der „Volkstimme“ gebracht. Die Agitation ist noch nicht abgeschlossen. Parteigenossen, sorgt für weiteren Erfolg, führt der Partei immer mehr Mitglieder und den „Volkstimme“ immer neue Leser zu! Sinaus mit den arbeitserfreundlichen bürgerlichen Zeitungen aus den Arbeiterwohnungen. Die Agitation zur Preußenwahl muß einen vollen Erfolg für unsere Partei ergeben.

Bismarck, 19. Januar. (Zwei Versammlungen) fanden am Sonntag hier statt, und zwar vormittags um 10 Uhr eine öffentliche von der U. S. P. einberufene Volksversammlung, die von ungefähr 40 Personen, darunter mehrere Mitglieder unserer Partei, besucht war. Rektor Holz aus Achersleben sprach über die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen. Im Gegensatz zu seinen Vorrednern bei den Reichstagswahlen im Sommer vorigen Jahres, die den Kampf anstatt nach rechts ausnahmslos gegen uns führten, sprach er ruhig und sachlich. Uns man wußte kaum zu unterscheiden, ob man einen sozialdemokratischen oder unabhängigen Redner vor sich hatte. Er lehnte ausdrücklich jede Gewalt ab. Der Kampf vollziehe sich innerhalb der gesetzlichen Schranken. Er stellt sich also auf den Boden der Demokratie. In seinem Schlußwort hielt er uns unsere Kriegspolizei, Kreditbewilligung, Arbeitsgemeinschaft usw. vor. In der Diskussion sprach Genosse Franke junior (Worbis). In der Arbeiterkammer vollziehe sich eine Gesundung. Man begünne einzusehen, daß unsere Politik die richtige war. Bei den Reichstagswahlen hätten die Wähler der U. S. P. gestimmt, die U. S. P. würde es besser machen. Hierin hätten sie sich leider getäuscht. Wo sei die Folge U. S. P. geblieben? — Nachmittags war eine gut besuchte Mitgliederversammlung unserer Partei. Es fand erst eine Neuwahl der Ortsverwaltung statt. Zum Vorstand wurde Genosse Zander wiedergewählt, als Kassierer Genosse Meiberg, Schriftführer wurde Genosse Krabbes, Revisoren die Genossen Fabian und Lampe, Unterassistenten Genosse Krabbes. Zu dieser Versammlung waren auch die hiesigen Unabhängigen eingeladen wegen Einigung beider Parteien. Genosse Winger (Magdeburg) war hierzu als Referent erschienen. Er sprach ebenfalls über die bevorstehende Landtagswahl und betonte die

Das Auge des Buddha.

Roman von Friedrich Jacobson.

(25. Fortsetzung.)

schonmal verboten

10. Kapitel.

Paris hat keinen eigentlichen Tiergarten, wie man sie in den Hauptstädten Deutschlands, in Antwerpen und anderswo findet — keine Heimgärten aller Tier- und Zweifüßler, unter denen das eigentliche Raubtier immer die größte Anziehungskraft für ein schaulustiges Publikum bildet; dafür aber besitzt es ein sozial-wissenschaftliches Institut, in dem ausländische Pflanzen und Tiere gepflegt und Versuche mit deren Gedeihen unter französischem Klima angestellt werden.

Den Jardin d'Acclimatation im Bois de Boulogne. Löwen, Tiger, Bären und ähnliche Feinde der Kultur sind daraus verbannt, dagegen findet man Kamel, Dromedare, Antilopen, Zamas und Kanguruh die Menge; auch gezähmte Elefanten, die zum Reiten abgerichtet sind, werden zur Benutzung des Publikums gehalten, und alle diese fremden Gaste brauchen natürlich Wärter, die mit der Tierpflege vertraut sind und über den gewöhnlichen Stallknecht hinausragen.

Dort hatte Luis Sanchez eine Anstellung gefunden. Nach jenem mißglückten heimlichen Anschlag auf Ulrich Westen den ihm die Eifersucht eingegeben hatte, war sein längeres Verbleiben in dem Zirkus Rotelli ein Ding der Unmöglichkeit geworden; er war von Judita durchschaut, und wenn die Kunstretterin gegen ihn vor Gericht auftrat, konnte es eine böse Unternehmung geben.

So beschloß er, noch in derselben Nacht sich zu drücken.

hätte seine paar Sachen in eine Handtasche und hätte auch den Ausgang des Zirkus unbemerkt erreicht, wenn nicht die Begelegeregewohnheit Jwan Sajanows gewesen wäre. Der Ruffe pflegte in Erinnerung an seine bewegte Vergangenheit überall und nirgends zu schlafen; bald lag er in einem leeren Pferdestall, bald in der Sattelkammer oder dem Requisitenraum; in jener Nacht hatte er seine mächtigen Glieder vor der Ausgangstür verstaubt, und Luis ließ ihm geradezu in die Arme. Es gab eine kleine Auseinandersetzung, die indessen vollkommen freundschaftlich endigte; Jwan besaß viel zuviel Verständnis für einen plötzlichen Luftwechsel, um seinen Kollegen auf die Folgen eines Kontraktbruchs hinzuweisen, und das Ende vom Liede war die Verabredung, daß sie einander nicht aus den Augen verlieren wollten.

Als Luis seine Stellung in Paris angehtreten hatte, teilte er dem Russen denn auch tatsächlich seine Abreise mit; dieser aber ließ nichts weiter von sich hören — der Zusammenbruch des Zirkus mochte ihn wohl in ein erregtes Wanderleben hinausgetrieben haben.

Luis schloß sich keineswegs behaglich in seinem neuen Beruf. Er hatte hauptsächlich die Elefanten zu beaufsichtigen, und diese großen gutmütigen Tiere machten ihm wenig Arbeit, aber das war gerade der Grund seiner Unzufriedenheit. Die ihm innewohnende Wäldernatur forderte gebieterisch einen Kampf gegen Unabwiesbarkeit, und es konnte vorkommen, daß er seine Pflichten absichtlich reizte, nur um ihnen die Ueberlegenheit des brutalen Menschenwillens zu zeigen.

Der Wälderner stand wiederholt vor der Entlassung, aber das Publikum liebte den schönen statischen Mann, und die Kinder vergötterten ihn geradezu; ein deutscher Professor, der

im Jardin d'Acclimatation Studien trieb, nannte ihn den Rattenfänger von Sameln.

Natürlich waren ihm auch die Weiber zugetan. Er bewohnte in der Rue Jacob, Quartier latin, eine kleine Dachstube, denn seine Einnahmen waren keineswegs glänzend und auf dem täglichen Wege ins Bois begegneten ihm unzählige jener niedlichen Arbeiterinnen, deren leichtes Herz allezeit wie Filtergold aufflammt; er hätte ohne Mühe ein ganzes Verhältnis anknüpfen können, blieb aber trotz seiner heißblütigen Natur kalt wie Eisapfen. Seinen Kollegen erzählte er wohl gelegentlich von der großartigen Sulamith, und sie meinten spottend, daß sei seine einzige Liebe gewesen — in Wirklichkeit konnte er Judita nicht vergessen.

Die schöne und kühne Meisterin hatte ihn angefaucht, und das lag seiner Wäldernatur; es konnte vorkommen, daß er abends stundenlang im Café hinter einem Glase Absinth saß und die schillernde Farbe des giftigen Getränks betrachtete; Judita hatte zwar dunkle Augen gehabt, aber bisweilen konnten sie gerade ebenso leuchten — und dann zermüdete er plötzlich die kurze Kalkpfeife zwischen den Raubtierzähnen; das waren jene Augenblicke, in denen das Bild seines glücklichen Nebenbuhlers, Ulrich Westens, ihm vor die Seele trat.

Von John Perry und Juditas spätere Schicksale wußte er nichts. In seiner Vorstellung tritten Ulrich und Judita jetzt zusammen die hohe Schule, — die Pferde hatten sich aneinander gewöhnt und gingen Kopf an Kopf; mit den Reitern mochte es nicht anders sein — vielleicht hatten die einander schon geheiratet, das kommt im Zirkusleben nicht selten vor, nur daß die Frau immer noch als Fräulein auf dem Bettel verzeichnet ist. —

